



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

Aktuelle Trends

Joachim Ragnitz

Solidarpakt II: Anpassungen erforderlich

Brigitte Loose/Udo Ludwig

Ostdeutsche Bauunternehmen im Schnitt
mit schmalen Gewinnen

Eva Reinowski/Birgit Schultz/Jürgen Wiemers

(K)Ein Weg aus der Arbeitslosigkeit?
Evaluation von Weiterbildungsmaßnahmen für
verschiedene Zielgruppen

Sophie Wörsdorfer

IWH-Industrienumfrage im September 2004

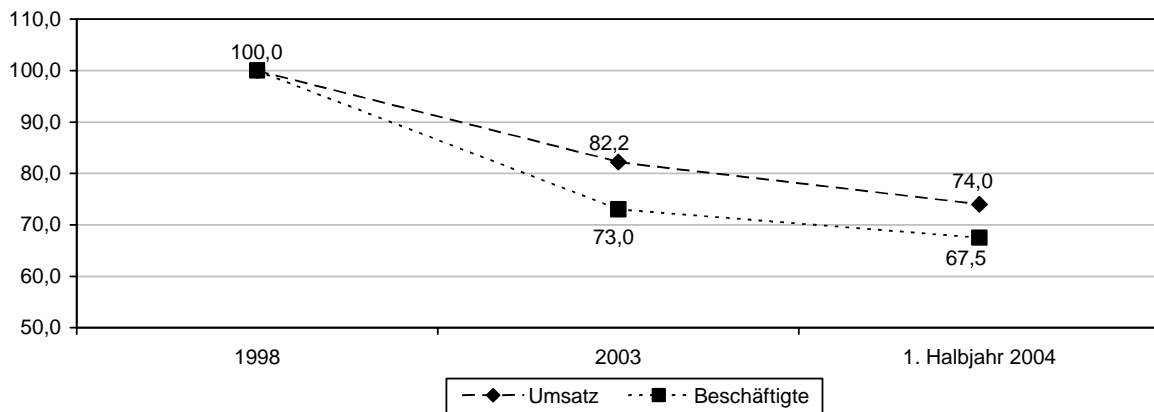
14/2004

10.11.2004, 10. Jahrgang

Aktuelle Trends

Ostdeutsches Handwerk: keine Trendwende in Sicht

Umsatz und Beschäftigte des Handwerks in den Flächenländern, jeweils 1998=100*



Quellen: Statistische Landesämter der neuen Länder, Berechnungen des IWH.

Das Handwerk in den neuen Ländern hat, mehr noch als das in den alten Ländern, erhebliche wirtschaftliche Probleme. Seit 1996 geht seine Wirtschaftsleistung zurück; auch die Beschäftigung nimmt seitdem ab. 2003 war der Umsatz der Handwerksbetriebe, ohne die Betriebe des handwerksähnlichen Gewerbes, in den ostdeutschen Flächenländern im Schnitt fast ein Fünftel geringer als 1998. Noch stärker nahm – mit 27% – die Beschäftigtenzahl ab. Auch für 2004 deutet sich keine Trendwende an. Nach den Angaben der Statistischen Landesämter verringerte sich der Umsatz im ersten Halbjahr 2004 im Vergleich zum Vierteljahresdurchschnitt 2003 um etwa 10% und die Beschäftigtenzahl war gegenüber dem 30.09.2003 um etwa 8% niedriger. Wenn sich diese Tendenz im zweiten Halbjahr fortsetzt, wovon in etwa auszugehen ist, wird der Umsatz des Handwerks der neuen Länder (ohne Berlin) 2004 etwa ein Viertel und die Beschäftigtenzahl fast ein Drittel geringer sein als noch 1998.

Eine Folge dieser Entwicklung besteht darin, dass die Investitionsneigung der Betriebe nur schwach ausgeprägt ist. So investierten in den letzten Jahren im Bereich der Handwerkskammer Halle (Saale) lediglich etwa 35 bis 40% der Mitgliedsbetriebe. Meist nahmen sie auch nur Ersatzinvestitionen vor. Nach einer Umfrage von Creditreform im Frühjahr 2004 erwarteten rund 28% der Betriebe, dass sich ihre Ertragslage (weiter) verschlechtern werde; nur rund 15% gingen von einer Verbesserung aus.

Die Gründe dafür sind vor allem in der immer noch schrumpfenden Baunachfrage und in der stagnierenden Nachfrage der privaten Haushalte zu suchen. Das IWH schätzte in seiner jüngsten Ostdeutschland-Prognose (Stand: Juni 2004) ein, dass in diesem Jahr die Baunachfrage in Ostdeutschland um 2,5% zurückgehen und der private Konsum lediglich um 0,2% zunehmen wird. Dem Handwerk macht weiterhin der relativ große Umfang der Schattenwirtschaft zu schaffen. Und von der Exportdynamik, die gegenwärtig der Motor der wirtschaftlichen Erholung in Deutschland ist, profitiert nur ein relativ geringer Anteil der Betriebe, so dass auch davon keine durchschlagenden Impulse für eine deutliche Besserung der Lage im ostdeutschen Handwerk zu erwarten sind.

Siegfried.Beer@iwh-halle.de

* Von der amtlichen Statistik festgesetztes Basisjahr für die nachfolgenden Erhebungen.

Solidarpakt II: Anpassungen erforderlich

Auch im Jahre 2003 ist es den ostdeutschen Ländern nicht gelungen, die Vorgaben des Solidarpaktes einzuhalten, nach denen die vom Bund zur Verfügung gestellten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Investitionen bzw. zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft zu verwenden sind. Neben von den Ländern nicht zu vertretenden Faktoren (konjunkturbedingte Einnahmeausfälle, Politikfehler der Vergangenheit) spiegelt sich hierin auch wider, dass eine ausgabenseitige Konsolidierung bislang nicht gelungen ist. Inzwischen ist die finanzwirtschaftliche Situation der ostdeutschen Flächenländer mit Ausnahme Sachsens so angespannt, dass eine Erfüllung der Solidarpakt-Vorgaben in absehbarer Zeit kaum möglich erscheint.

Allerdings weisen die Regelungen des Solidarpaktes II eine Reihe von Schwächen auf, so insbesondere, dass die Beschränkung der Mittelverwendung auf Investitionen im Sinne der traditionellen Haushaltssystematik nicht länger zeitgemäß erscheint. Es wird daher für eine Neudefinition der „aufbaugerechten Verwendung“ der SoBEZ plädiert. Auch dies ändert aber nichts daran, dass die ostdeutschen Länder und Gemeinden ihre ausgabenseitige Konsolidierungspolitik fortsetzen müssen, um eine Haushaltsnotlagen-situation zu vermeiden.

Die ostdeutschen Bundesländer weisen aufgrund ihrer schwachen Wirtschaftskraft nur geringe eigene Steuereinnahmen auf. Die originäre Steuerkraft vor Länderfinanzausgleich und Umsatzsteuerverteilung liegt nur in einer Größenordnung von 30% des westdeutschen Pro-Kopf-Niveaus. Dennoch können die ostdeutschen Länder und ihre Gemeinden je Einwohner gerechnet über 22% höhere Einnahmen verfügen als die finanzschwachen westdeutschen Flächenländer (FSFW). In der Folge liegen auch die Pro-Kopf-Ausgaben auf Landes- und Gemeindeebene in Ostdeutschland um ein knappes Fünftel über den Werten der westdeutschen Vergleichsländer.

Ursache für die vergleichsweise gute Einnahmesituation der ostdeutschen Länder sind zunächst die Umverteilungsmechanismen der bundesdeutschen Finanzverfassung (Umsatzsteuerverteilung nach Einwohnern und Finanzkraft, Länderfinanzausgleich im engeren Sinne und Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen). Hierdurch werden Finanzkraftunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern nahezu vollständig ausgeglichen. Darüber hinaus erhalten die ostdeutschen Länder vom

Bund im Rahmen des Solidarpaktes Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SOBEZ). Letzten Ende sind somit sie es, die für die im Vergleich zu den westdeutschen Ländern günstige Einnahmesituation der ostdeutschen Länder sorgen. Die SoBEZ belaufen sich (einschließlich Berlin) auf 10,5 Mrd. Euro jährlich. In den Flächenländern belaufen sie sich ungefähr auf ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen.

Ihre Begründung erhalten die SoBEZ durch den Fortbestand von teilungsbedingten Sonderlasten, die die ostdeutschen Länder zu tragen haben,¹ sowie durch die unterproportionale kommunale Finanzkraft, die erhöhte Zuweisungen der Länder an ihre Kommunen erforderlich macht.² Auch wenn die SoBEZ seit dem Jahre 2002 ohne enge Zweckbindung vergeben werden, also allgemeine Haushaltsmittel mit nur einer losen Verwendungsaufgabe darstellen, tragen die Länder die (politische) Verantwortung für deren zweckgerichtete Verwendung. Im Gegenzug zu dem Verzicht auf eine weitergehende Zweckbindung wurde daher eine (jährliche) Nachweispflicht der Länder über die Mittelverwendung im Rahmen von „Fortschrittsberichten Aufbau Ost“ vereinbart. Allerdings sieht das Solidarpaktfortführungsgesetz keine Sanktionen im Falle einer Fehlverwendung der SoBEZ vor, was von wissenschaftlicher Seite als ein Konstruktionsfehler des Solidarpaktes angesehen wird.³

Nachweis der zielgerichteten Mittelverwendung im Solidarpakt

Umstritten ist, wie der Nachweis der zielgerichteten Verwendung der SoBEZ zu erfolgen hat. Da der

¹ Dies resultiert aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Berechtigung von Bundesergänzungszuweisungen und wurde nachfolgend im Solidarpaktfortführungsgesetz (SFG) auch juristisch verankert. Vgl. zur Entstehungsgeschichte des SFG genauer BMF: Die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Schriftenreihe Bd. 73. Bonn 2003.

² Die Berücksichtigung der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft bei der Gewährung von SoBEZ resultiert aus der nur teilweisen Anrechnung der Kommunal Finanzen im Länderfinanzausgleich.

³ Vgl. z. B. KITTERER, W.: Die Ausgestaltung der Mittelzuweisungen im Solidarpakt II. Universität zu Köln, Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge 02/01. – RAGNITZ, J.: Überlegungen zur Ausgestaltung eines Solidarpaktes II für die neuen Bundesländer, in: IWH-Diskussionspapiere Nr. 130. Halle 2000.

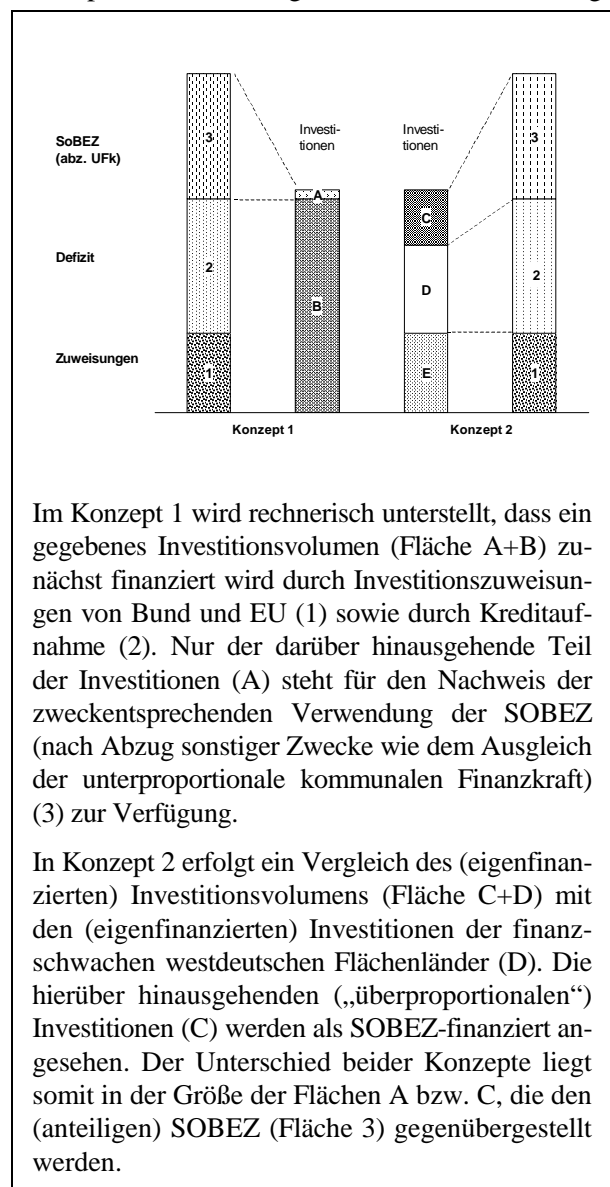
Begriff der „teilungsbedingten Sonderlasten“ vom Gesetzgeber nicht konkretisiert worden ist, gibt es hier unterschiedliche Vorstellungen: Während der Bund sowie Sachsen und Thüringen hierzu lediglich Ausgaben für Investitionen rechnen (Infrastrukturinvestitionen und Investitionszuweisungen an Unternehmen), werden von den übrigen ostdeutschen Ländern auch die Ausgaben für die kommunalen Altschulden und die Zahlungen für die Sondersicherungssysteme der DDR (AAÜG-Leistungen) als teilungsbedingte Sonderlast angesehen. Allerdings werden mit dem Inkrafttreten des Solidarpaktes II ab dem Jahr 2005 nach derzeitiger Rechtslage ohnehin nur noch Infrastrukturinvestitionen sowie Zuweisungen an die Kommunen zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft als zulässige Verwendungszwecke der SoBEZ anerkannt. Hintergrund dessen ist die dem Solidarpakt II zugrundeliegende Vorstellung, dass die Gewährung von SoBEZ vor allem dazu dienen soll, verbleibende infrastrukturelle Hemmnisse für den Entwicklungsprozess der neuen Länder abzubauen.⁴ Insoweit kann auf eine Klärung der Frage verzichtet werden, was denn nun unter teilungsbedingten Sonderlasten genau zu verstehen ist.

Strittig ist darüber hinaus, an welchem Vergleichsmaßstab die SOBEZ-Verwendung zu messen ist. Bund und Länder haben sich im Jahre 2003 zwar auf ein gemeinsames Berechnungsschema verständigt, das von der Vorstellung ausgeht, dass ein bestehendes Defizit im Haushalt zuvörderst der Finanzierung von Investitionen dient, somit dieser Teil der Investitionsausgaben rechnerisch nicht mehr zum Nachweis der investiven SOBEZ-Verwendung zur Verfügung steht. Die Länder sind in diesem Jahr allerdings teilweise dazu übergegangen, stattdessen den Anteil der (eigenfinanzierten) Investitionen als SOBEZ-finanziert zu interpretieren, der über die eigenfinanzierten Pro-Kopf-Investitionen der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer hinausgeht (vgl. auch Kasten). Während somit im ersten Konzept die verfassungsmäßige Obergrenze der öffentlichen Verschuldung explizit berücksichtigt wird, impliziert das zweite Konzept, dass ein Teil des Defizits auch der Finanzierung von laufenden (also konsumtiven) Aus-

gaben dienen kann. Hinzu kommt, dass beim zweiten Konzept keine klare Aussage über die Haushaltspolitik der ostdeutschen Länder mehr möglich ist, da das Ergebnis der Berechnung in diesem Fall auch vom Haushaltsgebahren der westdeutschen Vergleichsländer abhängig ist. Insoweit ist das von Bund und Ländern ursprünglich vereinbarte Konzept 1 mit Blick auf eine Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Gesamtsituation der Länder und Gemeinden überzeugender als das von einigen Ländern bevorzugte Konzept 2. Letzteres kann allerdings einen Hinweis darauf liefern, welcher Anteil der SoBEZ dazu verwendet worden ist, eine noch vorhandene Infrastrukturlücke zu schließen;

Kasten:

Schematische Darstellung der unterschiedlichen Konzepte zur Ermittlung der SoBEZ-Verwendung



Im Konzept 1 wird rechnerisch unterstellt, dass ein gegebenes Investitionsvolumen (Fläche A+B) zunächst finanziert wird durch Investitionszuweisungen von Bund und EU (1) sowie durch Kreditaufnahme (2). Nur der darüber hinausgehende Teil der Investitionen (A) steht für den Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der SOBEZ (nach Abzug sonstiger Zwecke wie dem Ausgleich der unterproportionale kommunalen Finanzkraft) (3) zur Verfügung.

In Konzept 2 erfolgt ein Vergleich des (eigenfinanzierten) Investitionsvolumens (Fläche C+D) mit den (eigenfinanzierten) Investitionen der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer (D). Die hierüber hinausgehenden („überproportionalen“) Investitionen (C) werden als SOBEZ-finanziert angesehen. Der Unterschied beider Konzepte liegt somit in der Größe der Flächen A bzw. C, die den (anteiligen) SOBEZ (Fläche 3) gegenübergestellt werden.

⁴ Die Länder haben damals ihre Forderungen nach einem Solidarpakt II vor allem mit dem Fortbestand einer Infrastrukturlücke gegenüber Westdeutschland begründet. Im weiteren Verlauf dieses Artikels wird allerdings für eine Neudefinition des Investitionsbegriffs im Sinne des Solidarpaktfortführungsgesetzes plädiert.

Tabelle 1:

Verwendung der SoBEZ (Landes- und Gemeindeebene) nach Angaben der Länder^b
- in % der SoBEZ -

	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Thüringen
Investive Verwendung ^a	13,4	25,2	19,5	115,7	47,5
Unterproportionale kommunale Finanzkraft	17,3	21,7	19,8	17,3	20,0
Sonstige teilungsbedingten Lasten	25,3	27,6	26,6	.	.
Insgesamt	56,0	74,5	65,9	133,2	67,5

^a Angaben der Länder sind nach unterschiedlichen Konzepten ermittelt und daher nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. – ^b Unter Berücksichtigung der Nettokreditaufnahme.

Quelle: Fortschrittsberichte „Aufbau Ost“ 2003 der ostdeutschen Länder.

hierzu dürften dann aber tatsächlich nur noch die reinen Infrastrukturinvestitionen in die Berechnung Eingang finden.⁵

Wie die kürzlich vorgelegten Fortschrittsberichte der Länder für das Berichtsjahr 2003 belegen, kann ein zweckgerichteter Einsatz der SOBEZ selbst unter Berücksichtigung sonstiger teilungsbedingter Sonderlasten nur von Sachsen nachgewiesen werden; alle anderen Länder verwenden die Mittel in mehr oder minder großem Maße zur Deckung laufender Ausgaben (vgl. Tabelle 1).⁶ Dennoch ist es nicht zulässig, dies vorschnell als ein Zeichen von „Mittelverschwendung“ zu interpretieren. Es spiegelt sich hierin nämlich wenigstens zu einem Teil die konjunkturbedingt schwache Einnahmesituation in den öffentlichen Haushalten wider. Steigen die Einnahmen weniger schnell als erwartet (oder sinken sie sogar), können kurzfristig nur die Investitionsausgaben reduziert oder die Verschuldung ausgeweitet werden. Eine

Anpassung der laufenden Ausgaben – hierzu zählen z. B. die Personalausgaben oder die Zinszahlungen – ist hingegen aufgrund rechtlicher Bindungen nicht möglich und aufgrund der Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung eines angemessenen Niveaus öffentlicher Leistungserstellung auch in konjunkturellen Schwächephasen ohnehin nicht sinnvoll. Damit aber reduziert sich – jedenfalls bei Zugrundelegung des gemeinsamen Rechenschemas von Bund und Ländern – der Anteil der SOBEZ, der rechnerisch für investive Zwecke verwendet werden kann. Um dieses Problem zu lösen, scheint es sinnvoll, von einem jährlichen Nachweis abzurücken und stattdessen temporäre Zielverfehlungen dann zuzulassen, wenn sie durch eine Zielübererfüllung in den Folgejahren ausgeglichen werden kann.⁷

Ein zweites Problem ist, dass die aktuellen Haushaltszahlen auch politische Versäumnisse der Vergangenheit widerspiegeln. Wie die Ergebnisse der Kassenstatistik der öffentlichen Haushalte (vgl. Tabelle 2) zeigt, weisen die finanzschwachen Flächenländer Ostdeutschlands (FSFO) und ihre Gemeinden im Vergleich zu den westdeutschen Vergleichsländern durchweg eine hohe Belastung mit Zinsausgaben auf. Diese resultieren aus einer hohen Nettokreditaufnahme in früheren Jahren und sind insoweit nicht der aktuellen Haushaltspolitik anzulasten, schmälern gleichwohl in erheblichem Umfang die Investitionsmöglichkeiten, da sie aus laufenden Einnahmen zu finanzieren sind. In ähn-

⁵ In diesem Zusammenhang stellt sich das Problem, dass über die Höhe der tatsächlichen Infrastrukturlücke keine Informationen vorhanden sind; die im Zuge der Solidarpaktverhandlungen vorgelegten Schätzungen dürften inzwischen überholt sein. Sobald eine Lücke nicht mehr festzustellen ist, würde strenggenommen auch die Begründung für die weitere SoBeZ-Gewährung hinfällig.

⁶ Zu beachten ist, dass die in der Tabelle wiedergegebenen Angaben der Länder nach unterschiedlichen Konzepten ermittelt worden und deswegen nur eingeschränkt miteinander vergleichbar sind. Legt man die Angaben des Statistischen Bundesamtes zur vierteljährlichen Kassenstatistik (FS 14, R. 4.1.2) zugrunde, so ergeben sich deutlich niedrigere Erfüllungsquoten. Vgl. RAGNITZ, J.: Zur Ausgestaltung des Solidarpaktes II – Ein Diskussionsvorschlag. IWH-Diskussionspapiere Nr. 194. Halle 2004. Hierbei ergibt sich allerdings das Problem, dass nachträgliche Buchungen (in der sogenannten Auslaufperiode) nicht berücksichtigt werden können.

⁷ Dies würde auch das in der vorangehenden Fußnote angesprochene Problem lösen, dass die Zugrundelegung von Angaben der Kassenstatistik und der (internen) Angaben aus der Rechnungsstatistik der Länder und Gemeinden wegen der unterschiedlichen zeitlichen Bezugsgröße auseinanderfallen.

Tabelle 2:

Eckdaten zur finanzwirtschaftlichen Situation der ostdeutschen Länder und Gemeinden (konsolidiert), 2003

- Euro je Einwohner -

	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Mecklenburg-Vorpommern	Thüringen	Sachsen	FSFO ^a	FO ^a	FSFW
	Ausgaben							
<i>Laufende Rechnung</i>	3 766	3 947	3 924	3 626	3 338	3 809	3 659	3 527
darunter:								
Personalausgaben	1 511	1 690	1 639	1 548	1 478	1 594	1 557	1 614
Laufender Sachaufwand	603	572	629	618	537	603	582	547
Zinsausgaben	339	414	341	343	198	361	309	357
Laufende Zuweisungen	2 541	2 527	2 439	2 078	2 095	2 398	2 301	1 923
Zahlungen an gleiche Ebene	-1 228	-1 256	-1 124	-962	-971	-1 147	-1 091	-913
<i>Kapitalrechnung</i>	886	1 047	1 037	891	1 307	960	1 071	491
darunter:								
Sachinvestitionen	506	459	488	486	574	484	513	286
Vermögensübertragungen	604	804	713	614	948	682	767	262
sonstige Ausgaben der Kapitalrechnung	38	27	84	18	38	38	38	37
Zahlungen an gleiche Ebene	-262	-243	-247	-226	-253	-245	-247	-93
	Einnahmen							
<i>Laufende Rechnung</i>	3 796	3 735	3 893	3 651	3 831	3 760	3 783	3 264
darunter:								
Steuern	1 960	1 955	1 966	1 962	2 046	1 960	1 988	2 282
Laufende Zuweisungen	2 659	2 664	2 594	2 294	2 402	2 554	2 505	1 467
darunter: SOBEZ	580	655	640	634	635	626	629	-
sonstige lfd. Einnahmen	405	371	457	357	355	393	381	428
Zahlungen von gleicher Ebene	-1 228	-1 256	-1 124	-962	-971	-1 147	-1 091	-913
<i>Kapitalrechnung</i>	370	546	466	359	671	434	510	242
darunter:								
Vermögensübertragungen	551	655	583	501	862	573	665	186
sonstige Einnahmen der Kapitalrechnung	80	134	130	84	63	105	92	149
Zahlungen von gleicher Ebene	-262	-243	-247	-226	-253	-245	-247	-93
Ausgaben insgesamt	4 651	4 993	4 961	4 517	4 645	4 769	4 729	4 019
Einnahmen insgesamt	4 165	4 281	4 359	4 010	4 503	4 194	4 292	3 505
Finanzierungssaldo	485	712	601	506	142	575	437	513
<i>Nachrichtlich:</i>								
Saldo der lfd. Rechnung	30	-212	-30	25	493	-49	124	-264
Saldo der Kapitalrechnung	-516	-500	-571	-532	-635	-526	-561	-250

^a FSFO: finanzschwache Flächenländern in Ostdeutschland (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen). FO: alle ostdeutschen Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 14 R 2.

licher Weise gilt dies für die Personalausgaben, die trotz deutlich geringerer Tarifröhne und -gehälter beinahe das Niveau der westdeutschen Vergleichsländer erreichen. Es spiegelt sich hierin vor allem wider, dass in der Vergangenheit der notwendige Personalabbau in den öffentlichen Haushalten zu lange aufgeschoben wurde. Je Einwohner gerechnet, weisen die ostdeutschen Länder und ihre Gemeinden deswegen heute noch immer einen Personalüberhang von rund 20% gegenüber den westdeutschen Ländern und Gemeinden auf. Es ist

freilich offenkundig, dass dieser Personalüberhang angesichts des rigiden deutschen Arbeitsrechts nicht von heute auf morgen abgebaut werden kann. Hieraus folgt, dass für eine sachgerechte Beurteilung des Haushaltsgebarens der ostdeutschen Länder und Gemeinden auch die Ursachen für eine Verletzung von Zielvereinbarungen mit einbezogen werden müssen.

Dennoch darf auch diese Relativierung nicht davon ablenken, dass alle ostdeutschen Länder mit Ausnahme Sachsens vor einem gravierenden Haus-

haltsproblem stehen, nämlich ein überhöhtes Niveau der laufenden Ausgaben aufweisen. Diese liegen – je Einwohner gerechnet – um knapp 300 Euro höher als in den Vergleichsländern Westdeutschlands. Neben den Personalausgaben – die durch Rückführung auf westdeutsche Personalbestände um fast 300 Euro je Einwohner gesenkt werden könnten – sind hier die laufenden Zuweisungen an andere öffentliche Haushalte bzw. an Empfänger außerhalb der öffentlichen Verwaltung (Ausgabenvorsprung der FSFO jeweils rund 120 Euro, nach Abzug der Zahlungen an gleiche Ebene) sowie der laufende Sachaufwand (Ausgabenvorsprung 60 Euro) zu nennen.

Die eigentliche Ursache für die Fehlverwendung der SOBEZ liegt darin, dass die Ausgaben der laufenden Rechnung in den (finanzschwachen) ostdeutschen Ländern gemessen an den Einnahmen der laufenden Rechnung (ohne SOBEZ) zu hoch sind, also zwangsläufig ein Teil der SOBEZ zur Finanzierung der konsumtiven Ausgaben herangezogen werden muss und somit für investive Zwecke nicht mehr zur Verfügung steht. Der Nachweis zweckgerichteter SOBEZ-Verwendung wird also bei gegebenem Niveau der Einnahmen der laufenden Rechnung nur gelingen, wenn die konsumtiven Ausgaben zurückgeführt werden. Insoweit stellt der SoBEZ-Nachweis in der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Form nicht allein ein Instrument der Kontrolle der zweckgerichteten Mittelverwendung dar, sondern auch ein Instrument zur Kontrolle der Haushaltspolitik der Länder.

Anpassungen des Solidarpaktes

Trotz unbestreitbarer Anstrengungen der ostdeutschen Länder und Gemeinden zur Rückführung der laufenden Ausgaben scheint eine Erfüllung der Solidarpaket-Vorgaben zumindest kurzfristig nicht erreichbar. Es ist daher zu fragen, inwieweit die Regelungen des Solidarpaktes angepasst werden sollten.

Ökonomisch falsch – und darüber hinaus mit den vom Bundesverfassungsgericht formulierten Grundsätzen für die Vergabe von Bundesergänzungszuweisungen unvereinbar – wäre es, die Verwendungsvorgaben des Solidarpaketgesetzes in der Weise zu lockern, dass künftig die SoBEZ künftig auch zur Finanzierung konsumtiver Ausgaben verwendet werden dürften. Dies würde den Druck auf die Länder vermindern, ihre Haushalte ausgabenseitig zu konsolidieren und wäre auch mit Blick auf die notwendige Verbesserung der infra-

strukturellen Rahmenbedingungen nicht zielführend.⁸ Genauso wenig sinnvoll erscheint es allerdings, durch verbindliche Vorgaben die Länder zu einer Umschichtung ihrer Ausgabenstrukturen zwingen zu wollen – also die nur lose Zweckbindung der SoBEZ durch deren explizite Bindung an investive Verwendungen zu ersetzen. Abgesehen davon, dass hierfür wohl kaum politische Mehrheiten gewonnen werden können – in diesem Fall stünde nicht nur der Solidarpaket, sondern der gesamte Länderfinanzausgleich erneut auf dem Prüfstand – würde dies infolge kurzfristig starrer Ausgabenstrukturen die Länder nur noch weiter in die Verschuldung treiben.

Das Solidarpaketfortführungsgesetz sieht zwar vor, dass die SoBEZ vor allem für den Abbau des infrastrukturellen Nachholbedarfs verwendet werden sollen. Dies entspricht weitgehend der Argumentation, die die ostdeutschen Länder zur Begründung ihrer Forderungen nach einem Solidarpaket II ins Feld geführt haben. Letzten Endes geht es aber nicht primär um den Abbau der Infrastrukturlücke, sondern vor allem darum, die Länder in die Lage zu versetzen, die für den Aufbau Ost erforderlichen Ausgaben zu finanzieren.⁹ Ob infrastrukturelle Defizite heute aber wirklich das entscheidende Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern darstellen, muss aber bezweifelt werden: Zum einen finden potentielle Investoren in allen ostdeutschen Ländern inzwischen Standorte, die von ihrer Infrastrukturausstattung her westdeutschen und ausländischen Konkurrenzstandorten ebenbürtig (wenn nicht überlegen sind), und zum anderen ist angesichts der absehbaren regional differenzierten Bevölkerungsentwicklung die Vorstellung einer in allen Teilen Ostdeutschlands westdeutschen Durchschnittswerten entsprechenden quantitativen Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen ohnehin nicht länger zeitgemäß. Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass die SoBEZ künftig auch für nicht-investive Zwecke im traditionellen Sinn der Haus-

⁸ An anderer Stelle (vgl. RAGNITZ, J., a. a. O. 2004) wird ein Vorschlag entwickelt, wie durch Umwandlung der SoBEZ in Sanierungshilfen bei gleichzeitiger Verpflichtung der Länder zur Rückführung ihrer laufenden Ausgaben sowohl das Ziel der aufbaugerechten Verwendung der SoBEZ als auch die Konsolidierung der Länder- und Gemeindehaushalte erreicht werden können.

⁹ So wird in den Entschlüssen von Bundesrat und Bundestag zum Solidarpaket II auch nur davon gesprochen, dass die Länder die Verantwortung für die „aufbaugerechte Verwendung“ der Mittel übernehmen.

haltssystematik verwendet werden sollten, soweit diese die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern positiv beeinflussen können. Hierzu könnten z. B. die Wirtschaftsförderung für Unternehmen oder auch Ausgaben für die Forschung in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zählen, die nach der derzeitigen Haushaltssystematik wenigstens zum Teil als laufende Ausgaben klassifiziert werden. Im Gegenzug sollten Ausgaben, die nach der traditionellen Haushaltssystematik zwar Investitionen darstellen, aber zum Aufbau Ost nicht viel beitragen (z. B. Investitionen in die kulturelle oder soziale Infrastruktur) nicht länger mit SoBEZ finanziert werden dürfen. Insoweit sollten sich Bund und Länder auf ein Rechenschema verständigen, dass die „aufbaugerechte“ (und nicht die investive) Verwendung der SoBEZ in den Mittelpunkt rückt.¹⁰ Da die SoBEZ allerdings in den nächsten Jahren abgeschmolzen werden, dürfen in diese modifizierte Verwendungsrechnung keine Ausgaben einbezogen werden, die von ihrem Charakter her dauerhaft sind. Dementsprechend muss entscheidendes Kriterium sein, dass aus Gründen einer Verbesserung der Wachstumsbedingungen in den neuen Ländern temporär hier noch überproportionale Ausgaben erforderlich sind. Ziel dabei sollte es freilich nicht sein, den Ländern den Nachweis der zweckgerichteten Verwendung der SoBEZ zu erleichtern, sondern vielmehr, eine wirklich „aufbaugerechte“ Verwendung der SoBEZ sicherzustellen.

Ausblick: Entwicklung der Einnahmen erzwingt drastische Ausgabenkürzungen

Viel schwerwiegender als die derzeitige Fehlverwendung von SOBEZ ist freilich die absehbare Verringerung der Einnahmen der ostdeutschen Länder und Gemeinden.¹¹ Auch unabhängig von der Erfüllung der im Solidarpakt niedergelegten Ver-

¹⁰ Freilich ist hierbei darauf zu achten, dass der Begriff „aufbaugerecht“ nicht zu weit definiert wird. Ausgaben für die allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen in den neuen Ländern (wie z. B. die Kinder- und Jugendbetreuung) wie auch für die Bildung sollten grundsätzlich ausgeschlossen bleiben, da ein Zusammenhang zum Aufbau Ost hier bestenfalls indirekt erkennbar ist.

¹¹ Hieran würde auch eine Verbesserung der Steuer- und Finanzkraft der ostdeutschen Ländern nicht viel ändern, denn aufgrund der Ausgleichsmechanismen des Länderfinanzausgleichs würden zusätzliche Steuereinnahmen zu einer nahezu gleich großen Verringerung der Zuweisungen im Finanzausgleich führen. An einer ausgabenseitigen Konsolidierung führt daher kein Weg vorbei.

wendungsvorgaben muss die Finanzpolitik hierauf reagieren, um nicht über kurz oder lang jegliche Ausgabenspielräume zu verlieren.

Im Solidarpakt II, der vom Jahr 2005 an die Zuweisungen des Bundes an die ostdeutschen Länder regelt, ist bereits vom Jahre 2006 an eine Degression der Mittel vorgesehen. Vom Jahre 2009 an werden dann die SOBEZ bis zum Jahre 2019 beschleunigt abgebaut. Dies bedeutet, dass die verfügbaren Mittel, die heute noch bei mehr als 120% des Pro-Kopf-Niveaus der finanzschwachen westdeutschen Länder liegen, bis zum Jahre 2019 auf eben dieses Niveau zurückgehen werden. Da gleichzeitig auch die Zuweisungen im Länderfinanzausgleich wegen ihrer Kopplung an die Einwohnerzahlen demographisch bedingt ebenfalls massiv zurückgehen werden, muss mit einem geradezu dramatischen Rückgang der Einnahmen von Ländern und Gemeinden in Ostdeutschland gerechnet werden.

Die Haushaltssituation der finanzschwachen ostdeutschen Länder droht angesichts dieser Situation somit zunehmend die Bedingungen für eine Haushaltsnotlage zu erfüllen, auch wenn dies bislang – entsprechend den vom Bundesverfassungsgericht in seinem entsprechenden Urteil von 1992¹² zugrundegelegten Indikatoren Kreditfinanzierungsquote und Zins-Steuer-Quote – noch nicht ganz der Fall ist.¹³ Da ein *bailing-out*, also eine Entschuldung der ostdeutschen Länder durch den Bund oder die Solidargemeinschaft der anderen Länder, unabsehbare negative Anreizwirkungen haben würde und wohl auch verfassungsrechtlich kaum Bestand haben dürfte, muss das entscheidende Problem, nämlich die Finanzierung dauerhafter Ausgaben (Personalausgaben, Zinsen, zunehmend auch Versorgungslasten) durch absehbar rückläufige Einnahmen (SOBEZ, Zuweisungen im Länderfinanzausgleich) bereits heute durch Anpassung der Ausgabenstrukturen gelöst werden. Dies unterstreicht einmal mehr, dass an dramatischen Kürzungen der konsumtiven Ausgaben – insbesondere auch der Personalausgaben – kein Weg mehr vorbei führt.

Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de

¹² Vgl. BVerfGE 86, Textziffer 148.

¹³ Vgl. VESPER, D.: Berliner Haushalt: Trotz Sparkurs hohe Sanierungshilfen des Bundes erforderlich, in: DIW-Wochenbericht 23/2003, Tabelle 3.

Ostdeutsche Bauunternehmen im Schnitt mit schmalen Gewinnen

Das ostdeutsche Baugewerbe hat bei Kosten und Erträgen eine Sonderentwicklung im Aufholprozess durchlaufen. Die beim Start in die Marktwirtschaft vorhandenen Schwächen im Wettbewerb gegenüber den westdeutschen Bauleistungsanbietern konnten im Zuge des Baubooms innerhalb nur eines halben Jahrzehnts abgebaut werden. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gingen die erlangten Vorteile bei stark abnehmender Pro-Kopf-Leistung und steigenden Lohnstückkosten wieder verloren. Wettbewerbsnachteile gegenüber westdeutschen Konkurrenten bestehen hinsichtlich der Arbeitskosten aber nur im Bauhauptgewerbe. Ein Ausgleich dieser Nachteile über andere Kostenelemente gelingt hier im Schnitt nur den großen Unternehmen. Im Ausbaugewerbe bestehen dagegen nach wie vor Lohnkostenvorteile. Diese werden zwar durch höhere Vorleistungskosten im Vergleich zu den westdeutschen Konkurrenten geschmälert, sie sichern aber in allen Größengruppen des Ausbaubereichs positive Renditen und tragen zur Erklärung der Marktexpansion in die alten Bundesländer bei.

Rückläufige Baunachfrage mit tiefgreifenden Wirkungen auf die betrieblichen Kosten

Seit Mitte der neunziger Jahre sinkt die Baunachfrage in Ostdeutschland drastisch. Viele Bauunternehmen haben nach dem Bauboom zu Beginn des Jahrzehnts ihr Leistungsangebot den geänderten Verhältnissen nicht entsprechend anpassen können und sind vom Markt gegangen. Diese Marktberreinigung verlief sowohl über die Verringerung der Zahl der Betriebe als auch über die Reduzierung deren Größe und den Abbau von Arbeitsplätzen, und sie zeigt sich deutlich im Rückgang von Beschäftigung und Wertschöpfung (vgl. Tabelle 1). Andere Unternehmen haben überlebt, können aber, gemessen an dem zentralen Wettbewerbsparameter Lohnstückkosten, gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder seit einigen Jahren nicht mehr mit ihren Konkurrenten aus den alten Bundesländern mithalten. Die Lohnstückkosten liegen laut dieser Statistik – nach zwischenzeitlicher Unterschreitung – seit dem Jahr 2000 im Baugewerbe Ost mindestens um ein Viertel über dem Niveau im

Tabelle 1:

Eckdaten der Entwicklung von Bauinvestitionen und Bauleistungen in Ostdeutschland^a

	1991	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
Bauinvestitionen ^b	-	1,1	-7,6	-5,4	-8,6	-6,6	-11,3	-13,2	-11,0	-6,0
Baupreise	-	1,9	-0,4	-0,3	-0,2	-0,6	0,7	-0,1	0,1	0,6
Bruttowertschöpfung ^b	-	2,7	-1,5	-3,8	-11,0	-8,1	-11,9	-14,6	-9,8	-6,3
Beschäftigung	-	5,9	-2,9	-4,7	-6,7	-4,5	-7,7	-11,9	-11,0	-6,1
Arbeitskosten ^c	-	6,4	-3,7	-4,5	-8,2	-6,2	-8,4	-12,5	-11,1	-6,3
Produktivität ^d	-	-3,1	1,5	1,0	-4,5	-3,7	-4,5	-3,1	1,3	-0,3
Lohnstückkosten ^e	-	4,1	-1,4	-0,1	4,3	3,6	5,9	4,9	0,3	1,8
	Westdeutschland = 100									
Bauinvestitionen je Einwohner ^f	72,5	186,9	179,2	172,8	152,2	136,6	121,5	109,4	103,6	101,9
Bruttowertschöpfung je Einwohner ^f	73,0	186,3	193,0	186,1	160,4	140,7	121,7	106,8	103,3	103,9
Arbeitskosten ^c	59,0	76,9	75,7	76,6	76,5	76,0	76,1	76,6	76,9	77,1
Produktivität ^g	48,9	80,1	82,1	79,6	72,3	65,7	60,6	57,5	59,1	59,9
Lohnstückkosten ^h	120,8	96,1	92,2	96,3	105,9	115,6	125,6	132,2	130,0	128,8

^a Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – ^b In Preisen von 1995. – ^c Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – ^d Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – ^e Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – ^f In jeweiligen Preisen. – ^g Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen. – ^h Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur nominalen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnung und Schätzung des IWH.

Kasten:
Zur Datenbasis

Der vorliegende Bericht enthält die hochgerechneten Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung der amtlichen Statistik im Baugewerbe für die Jahre 1991, 1996 und 2002. Die Kostenstrukturerhebung im Baugewerbe ist als Stichprobenerhebung in Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten konzipiert. Für die Jahre 1991 und 1996 erfolgte die Erfassung der Kostenstrukturen getrennt nach den Großregionen Ost- und Westdeutschland. Im früheren Bundesgebiet waren dabei knapp 4 000 Unternehmen einbezogen. In den neuen Bundesländern wurde die Kostenstrukturerhebung 1991 bei allen Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten mit Auskunftspflicht durchgeführt; für das Jahr 1996 basieren die Ergebnisse auf einer Stichprobe von 2 000 Unternehmen. Für das Jahr 2002 entstammt die Datenbasis einer Sonderauswertung der bundesweit gezogenen Stichprobe, die das Statistische Bundesamt im Auftrag des IWH durchgeführt hat. Dort sind insgesamt 6 000 Unternehmen einbezogen, die für 17 500 Unternehmen repräsentativ sind. Aus dem bundesweiten Datenbestand wurden die Teilmengen der Unternehmen für Ost- und Westdeutschland durch das Statistische Bundesamt extrahiert und hochgerechnet.

Der Nachweis der Ergebnisse erfolgt für das Jahr 1991 in der Abgrenzung der Sypro, für die Jahre 1996 und 2002 in der Gliederung der Wirtschaftszweige nach der WZ93. Neben dem Baugewerbe insgesamt werden auch die Sparten Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe nach Sypro) sowie für Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (Ausbaugewerbe nach Sypro) abgebildet. An ausgewählten Stellen werden zugleich die Ergebnisse nach Beschäftigtengrößenklassen ausgewiesen.

Erhebungs- und Darstellungseinheit der Kostenstrukturerhebung ist das Unternehmen. Verzerrungen in der statistischen Abbildung des Wirtschaftsgeschehens sind dabei nicht auszuschließen. Unternehmen, die ihren Sitz in Deutschland haben, liefern Angaben einschließlich aller unselbständigen Zweigniederlassungen bzw. Betriebsstätten im Inland. Dies impliziert, dass das Ergebnis unselbständiger ostdeutscher Zweigniederlassungen westdeutscher Konzerne in den Daten für die alten Bundesländer ausgewiesen wird. Die erreichten Anpassungsschritte des ostdeutschen Baugewerbes dürften damit wohl leicht unterzeichnet sein. Darüber hinaus dürfte der hinzunehmende Verzicht auf die Klein- und Kleinstunternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten die Anpassungsschritte etwas vermindern.

Baugewerbe-West und signalisieren einen erheblichen Wettbewerbsnachteil. Angesichts der nicht ausgelasteten Kapazitäten in den alten Bundesländern und der hohen Mobilität der Anbieter verwundert diese Datenkonstellation, zumal, wenn man die zunehmende Präsenz ostdeutscher Bauunternehmen auf dem Markt in Westdeutschland in die Betrachtung aufnimmt (vgl. Tabelle 2). Diesen Widerspruch zwischen Kostennachteil auf der einen Seite und Zugewinn von Marktanteilen auf der anderen gilt es aufzuklären. Die aggregierten, mit einem hohen Schätzanteil versehenen Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen helfen hier nicht weiter. Herangezogen werden müssen Unternehmensdaten aus der Fachstatistik. Hier bietet sich die Kostenstrukturerhebung für das Baugewerbe an, die bis 1996 getrennt für die neuen und die alten Bundesländer erfolgt ist, danach jedoch nur noch für Deutschland insgesamt (vgl. Kasten). Das Statistische Bundesamt hat die deutschlandweiten Angaben einer Sonderaufbereitung für das IWH unterzogen, deren Ergebnisse hier analysiert werden (vgl. Tabelle 3).

Die für die Darstellung ausgewählten Jahre 1991, 1996 und 2002 markieren den Start in die Marktwirtschaft, den zwischenzeitlich erreichten maximalen Kostenvorteil nach Abschluss des Baubooms sowie den jüngsten verfügbaren Datensatz. Mit dieser Analyse wird die Serie von Publikationen zu den branchenbezogenen Untersuchungen der Konvergenz von Kosten und Erträgen im produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands fortgesetzt.¹⁴

Tabelle 2:
Überregionaler Umsatz des Baugewerbes der neuen Bundesländer

- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

	Ausland			Alte Bundesländer		
	1997	2000	2002	1997	2000	2002
Bauhauptgewerbe	0,4	1,5	3,4	7,5	11,2	14,9
Ausbaugewerbe	0,2	1,2	0,6	8,0	19,6	28,5
Baugewerbe	0,3	1,4	2,5	7,6	13,6	19,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel 1998, 2001 und 2003; Berechnungen des IWH.

¹⁴ Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; LUDWIG, U.: Gewinne der Industrieunternehmen in Ostdeutschland noch im Aufholprozess, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2004, S. 63-70 und BRAUTZSCH, H.-U.; LUDWIG, U.: Differenzierte Ertragslage im Industriebereich Chemie Ostdeutschlands, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2004, S. 115-122.

Tabelle 3:

Eckdaten zur Unternehmensentwicklung im Baugewerbe Ost- und Westdeutschlands^a

		Ostdeutschland			Westdeutschland		
		1991	1996	2002	1991	1996	2002
<i>Baugewerbe^c</i>							
Unternehmen ^b	Anzahl	3 156	8 529	3 692	16 216	16 305	11 571
Beschäftigte	Anzahl	336 985	445 780	178 981	1 001 435	943 361	629 487
Unternehmensgröße	Beschäftigte	107	52	48	62	58	54
Bruttowertschöpfung	Mio. Euro	6 503	13 270	5 624	37 447	39 010	28 776
Produktivität	1 000 Euro	19,3	29,8	31,4	37,4	41,4	45,7
<i>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau^c</i>							
Unternehmen ^b	Anzahl	1 993	4 698	2 125	9 441	8 787	5 912
Beschäftigte	Anzahl	266 061	284 495	113 776	690 516	615 359	379 609
Unternehmensgröße	Beschäftigte	133	61	54	73	70	64
Bruttowertschöpfung	Mio. Euro	5 150	9 003	3 726	28 715	26 995	18 681
Produktivität	1 000 Euro	19,4	31,6	32,8	39,0	43,9	49,2
<i>Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe^c</i>							
Unternehmen ^b	Anzahl	1 163	3 839	1 567	6 154	7 528	5 658
Beschäftigte	Anzahl	70 924	162 825	65 205	265 458	340 345	249 877
Unternehmensgröße	Beschäftigte	61	42	42	43	45	44
Bruttowertschöpfung	Mio. Euro	1 353	4 275	1 898	8 732	12 390	10 096
Produktivität	1 000 Euro	19,1	26,3	29,1	32,9	36,4	40,4

^a Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West. – ^b Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – ^c 1991 in der Abgrenzung der Sypro; 1995 und 2002 in der Abgrenzung der WZ93.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 5.3; Sonderauswertung der Kostenstrukturerhebung; Berechnungen des IWH.

Trotz rückläufiger Nachfrage Gesamtkosten der Bauproduktion fast auf westdeutschem Niveau

Auf makroökonomischer Ebene wird häufig auf die Lohnstückkosten¹⁵ zurückgegriffen, um die Stellung von Volkswirtschaften im internationalen Kostenvettbewerb zu bestimmen. Auch beim regionalen Vergleich von Branchen und Unternehmensgruppen kommt dieser Indikator zum Einsatz. Die Begründung der Wettbewerbsfähigkeit von der Seite der Lohnkosten und der Arbeitsproduktivität kann aber auf der Mikroebene zu Fehlschlüssen verleiten, da die Löhne nur ein Kostenbestandteil sind – meist sogar nicht der größte – und erst im Zusammenspiel

mit den Vorleistungen und den sonstigen Kosten ein reales Bild über die Gesamtkostenbelastung und die Erträge gegeben werden kann.¹⁶

In den neuen Ländern ist die Gesamtkostenbelastung mit der Entfaltung des Baubooms in den neunziger Jahren gesunken, danach hat sie allerdings wieder kräftig zugenommen (vgl. Tabelle 4). In den alten Bundesländern sind die Kosten nach dem Vereinigungsboom zwar auch unter Druck geraten, seit 2001 hat sich die Situation aber etwas entspannt. Die Mitte der neunziger Jahre erreichten Kostenvorteile der ostdeutschen Bauunternehmen gegenüber ihren westdeutschen Wettbewerbern¹⁷ konnten so nicht gehalten werden. Die Gesamtkosten überschritten 2002 das westdeutsche Niveau aber nur um etwa einen Prozentpunkt.

Maßgeblich für diese Annäherung ist die gegenläufige Entwicklung von Vorleistungs-, Personal-

¹⁵ Die Lohnstückkosten werden im Allgemeinen definiert als Relation von Lohnsatz und Arbeitsproduktivität. Der Lohnsatz gibt die Personalkosten je abhängig Beschäftigten und die Arbeitsproduktivität die reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen an. Im Rahmen der Kostenstrukturerhebung wird die Bruttowertschöpfung jedoch nur nominal erhoben. Hinzu kommt, dass in den Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten der Anteil der Selbstständigen an der Erwerbstätigenzahl wohl verschwindend gering ist. Aus diesen Gründen werden im Folgenden Beschäftigung und Erwerbstätigkeit gleichgesetzt und unter nominalen Lohnstückkosten der Anteil der Personalkosten an der nominalen Bruttowertschöpfung verstanden.

¹⁶ Diese Betrachtungsweise ist auch Gegenstand der Betriebswirtschaftslehre. Vgl. beispielsweise HEINEN, E.: Betriebswirtschaftliche Kostenlehre. Wiesbaden 1983.

¹⁷ Die Mehrzahl der Wettbewerber für die ostdeutschen Bauunternehmen sind deutsche oder auch ausländische Anbieter, die in der Regel von Westdeutschland aus agieren. Deren Kosten- und Ertragssituation kann damit als Benchmark für die ostdeutschen Unternehmen angesetzt werden.

Tabelle 4:
Gesamtkosten im Baugewerbe Ost- und Westdeutschlands^a
- in % des Bruttoproduktionswertes -

	Westdeutschland			Ostdeutschland					
	1991	1996	2002	1991	1996	2002	1991	1996	2002
	in % des Bruttoproduktionswertes						Westdeutschland = 100		
<i>Baugewerbe^b</i>									
Vorleistungen	54,3	59,3	61,7	55,7	59,2	62,1	103	100	101
dar.: Lohnarbeiten	17,9	24,3	26,0	14,6	22,0	22,3	82	90	85
Personalkosten	36,8	35,3	33,0	39,3	33,7	33,3	107	96	101
Abschreibungen	2,7	2,4	1,9	3,8	2,7	2,2	140	115	116
Sonstige Kosten	1,9	1,7	1,3	1,6	1,4	1,3	107	96	101
Gesamtkosten	95,7	98,6	97,9	100,5	97,1	99,0	105	98	101
<i>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau^b</i>									
Vorleistungen	54,7	61,0	63,9	56,7	60,0	63,0	104	98	99
dar.: Lohnarbeiten ^c	21,4	29,5	31,6	17,4	23,4	25,6	81	91	81
Personalkosten	37,0	34,1	31,3	39,4	33,0	33,0	107	97	106
Abschreibungen	3,0	2,6	2,1	4,1	3,1	2,5	135	116	119
Sonstige Kosten	1,9	1,7	1,3	1,5	1,4	1,3	82	87	106
Gesamtkosten	96,6	99,4	98,5	101,8	97,5	99,8	105	98	101
<i>Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe^b</i>									
Vorleistungen	53,2	54,5	56,9	51,6	57,3	60,4	97	105	106
dar.: Lohnarbeiten	6,0	10,2	13,7	3,0	11,1	15,2	50	109	111
Personalkosten	36,0	38,6	36,6	38,9	35,5	34,0	108	92	93
Abschreibungen	1,7	1,7	1,5	2,6	2,0	1,6	157	115	108
Sonstige Kosten	1,9	1,8	1,4	1,5	1,5	1,2	79	83	88
Gesamtkosten	92,7	96,6	96,4	94,6	96,2	97,2	102	100	101

^a Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West; Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – ^b 1991 in der Abgrenzung der SYPRO; 1996 und 2002 in der Abgrenzung der WZ93; Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – ^c Hier Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 5.3; Sonderauswertung der Kostenstrukturerhebung; Berechnungen des IWH.

und sonstigen Kosten, die in den Sparten zwar einheitlich im Ergebnis, aber diametral entgegengesetzt in der Wirkungsrichtung ist. So lassen sich lohnbezogene Wettbewerbsnachteile gegenüber westdeutschen Konkurrenten nur für das Bauhauptgewerbe nachweisen. Der Personalkostenanteil war im ostdeutschen Bauhauptgewerbe im Jahr 2002 genauso hoch wie auf dem Höhepunkt des Baubooms, in den westdeutschen Unternehmen ist er dagegen weiter zurückgegangen. Im Unterschied dazu bestehen im Ausbaugewerbe nach wie vor Lohnkostenvorteile. Die Personalkostenbelastung wurde hier in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre weiter reduziert, sie ist seit 1999 nahezu konstant. Mitverantwortlich für diese Entwicklungsunterschiede zwischen den Sparten dürfte wohl zum einen die Tarifbindung sein. So hat das Ausbaugewerbe wegen der geringeren Einbeziehung in den Branchentarifvertrag mehr Spielräume hinsichtlich der Gestaltung von Arbeitszeit und Löhnen, wodurch die Personalkostenbe-

lastung der Produktion abgemildert und die Ertragslage verbessert werden kann.¹⁸ Zum anderen spielt die zwischen Ost und West stark divergierende Vergabe von Lohnarbeiten eine Rolle. So erklärt die deutlich höhere Einbeziehung von Fremd- und Nachunternehmern in den Leistungsprozess im westdeutschen Bauhauptgewerbe den dort zu beobachtenden geringeren Anteil an eigenen Personalkosten. Dies gilt umgekehrt für das Ausbaugewerbe. Hier weisen die ostdeutschen Unternehmen einen höheren Anteil an Lohnarbeiten aus, der mitverantwortlich dafür sein dürfte, dass die Lohnkostenbelastung etwas niedriger als im westdeutschen Ausbaugewerbe ausfällt.

Auch die Bedeutung der sonstigen Kosten divergiert zwischen den Sparten: Im Bauhauptgewerbe

¹⁸ Laut IAB-Betriebspanel 2003 gilt in 31% der Betriebe des Bauhauptgewerbes der Branchentarifvertrag, für das Ausbaugewerbe trifft dies nur für 26% der Betriebe zu.

Tabelle 5:
Nominale Lohnstückkosten und Rendite im Baugewerbe Ost- und Westdeutschlands^a
- in % -

	Westdeutschland			Ostdeutschland					
	1991	1996	2002	1991	1996	2002	1991	1996	2002
							Westdeutschland = 100		
	<i>Baugewerbe^b</i>								
Lohnstückkosten ^c	80,5	86,6	86,0	88,9	82,7	88,0	110	95	102
Rendite ^d	4,3	1,4	2,1	-0,5	2,9	1,0	x	x	x
	<i>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau^b</i>								
Lohnstückkosten ^c	81,7	87,5	86,6	91,1	82,5	89,2	112	94	103
Rendite ^d	3,4	0,6	1,5	-1,8	2,5	0,2	x	x	x
	<i>Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe^b</i>								
Lohnstückkosten ^c	76,9	84,8	85,0	80,3	83,1	85,8	104	98	101
Rendite ^d	7,3	3,4	3,6	5,4	3,8	2,8	x	x	x

^a Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West; Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – ^b 1991 in der Abgrenzung der SYPRO; 1996 und 2002 in der Abgrenzung der WZ93. – ^c Anteil der Personalkosten an der Bruttowertschöpfung. – ^d Relation des Gewinns bzw. Verlustes zum Bruttoproduktionswert.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 5.3; Sonderauswertung der Kostenstrukturerhebung; Berechnungen des IWH.

lagen sie zuletzt anteilig über und im Ausbaugewerbe unter den westdeutschen Vergleichswerten. Ausschlaggebend für die höhere Belastung im Bauhauptgewerbe sind die Fremdkapitalzinsen. Die Abschreibungen wirken dagegen in beiden ostdeutschen Sparten kostentreibend. Dies ist zum einen immer noch die Folge der kräftigen Investitionstätigkeit in den neunziger Jahren beim Aufbau eines neuen Maschinen- und Geräteparks. Zum anderen werden in vielen ostdeutschen Unternehmen die Kapazitäten weniger ausgelastet als in den westdeutschen, sodass sich die Fixkostengröße Abschreibungen auf eine vergleichsweise niedrige Bauproduktion bezieht.

Die größte Kostenposition stellen die Vorleistungen dar. Insbesondere wegen der gestiegenen Kosten für Material sowie Fremd- und Nachunternehmerleistungen nahmen sie in den neunziger Jahren in beiden Sparten sowohl des früheren Bundesgebietes als auch der neuen Länder zu. In den letzten beiden Jahren des Beobachtungszeitraumes hat sich diese Tendenz allerdings nicht fortgesetzt. Zum einen haben sich die Lohnarbeiten durch Fremde in beiden Regionen anteilig weitgehend stabilisiert. Zum anderen hat sich die Schere zwischen der Entwicklung der Bauleistungspreise und der Preise ihrer Vorleistungsinputs nicht weiter geöffnet.

Bei der Kostenbelastung durch Vorleistungen zeigt sich allerdings im Ost-West-Vergleich ein entgegengesetztes Bild zwischen den Sparten: Im ostdeutschen Bauhauptgewerbe unterschreiten die Vorleistungen seit 1998 anteilig etwas den Stand beim westdeutschen Pendant. Im Ausbaugewerbe liegen

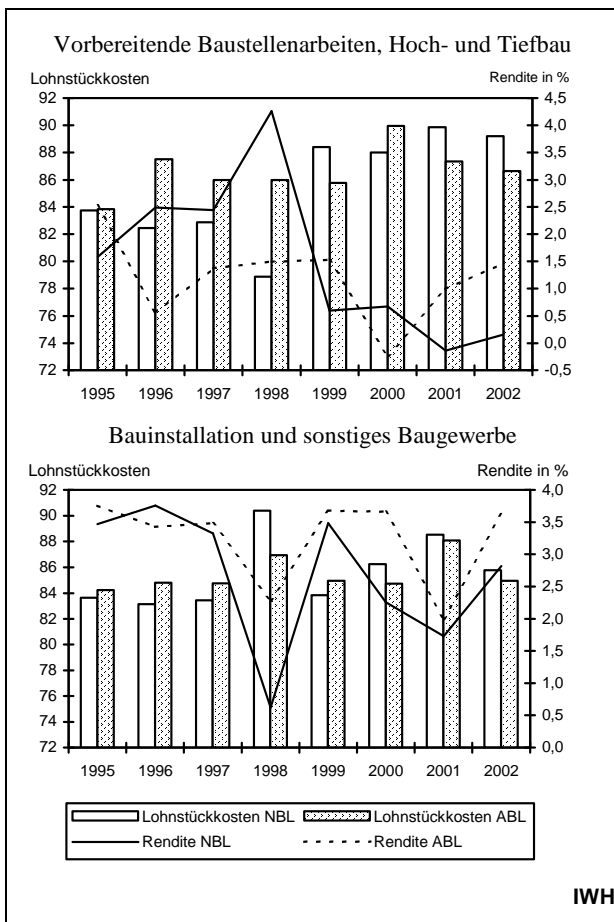
die Vorleistungsinputs dagegen seit Mitte der neunziger Jahre deutlich über den westdeutschen Werten. Im Unterschied zum Bauhauptgewerbe fallen hier die Kosten für Materialverbrauch sowie für Lohnarbeiten höher aus als in den alten Bundesländern. Im Innenausbau werden zu einem großen Teil technisch anspruchsvolle und damit relativ teure Markenprodukte verwendet, die wohl hauptsächlich aus den alten Ländern bezogen werden und aufgrund der größeren Entfernung höhere Transportkosten verursachen. Zum anderen dürften sich die hohen Kosten für Vorleistungen aus der relativ starken Präsenz in entlegenen Regionen erklären.

Bei Renditen zeigt vor allem das Ausbaugewerbe eine robuste Entwicklung

Alles in allem erwirtschaftete das ostdeutsche Baugewerbe auch nach den Boomjahren Gewinne¹⁹, wengleich in den letzten beiden Jahren die Rendite mit 0,5% und 1% nur etwa halb so hoch war wie in den alten Bundesländern. Überdurchschnittliche Gewinne in Höhe von ca. 3% des Bruttoproduktionswertes erzielten die Bauunternehmen nur 1996 bis 1998. Der Renditerückgang betrifft aus-

¹⁹ Die in der Kostenstrukturerhebung ausgewiesenen Gewinne der Unternehmen entspringen ausschließlich der eigenen Produktionstätigkeit und sind Bruttogrößen, also Angaben vor Steuern. Sie enthalten auch keine transitorischen Posten. Zur Interpretation der Ergebnisse vgl. auch Kasten 2 in BRAUTZSCH, H.-U.; LUDWIG, U.: Gewinne der Industrieunternehmen in Ostdeutschland noch im Aufholprozess, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2004, S. 70.

Abbildung 1:
Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten^a und der Rendite^b in den Unternehmen des Baugewerbes Ost- und Westdeutschlands^c



^a Anteil der Personalkosten an der Bruttowertschöpfung. – ^b Relation des Gewinns bzw. Verlustes zum Bruttoproduktionswert in Prozent. – ^c Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 5,3; Sonderauswertung der Kostenstrukturerhebung; Berechnungen des IWH.

schließlich das Bauhauptgewerbe, während das Ausbaugewerbe über den gesamten Untersuchungszeitraum vergleichsweise robuste Werte aufzuweisen hat.

Das ostdeutsche Bauhauptgewerbe hat in den letzten beiden Beobachtungsjahren im Schnitt etwa kostendeckend gewirtschaftet, während die westdeutsche Branche Renditen von 1 bis 1,5% erzielen konnte. Die Kostenvorteile – vor allem aufgrund der im Vergleich zu Westdeutschland niedrigeren Aufwendungen für Nachunternehmerleistungen – werden in Osten durch vergleichsweise hohe Personalkosten und sonstige Vorleistungen (wie sonstige industrielle und handwerkliche Dienstleistungen, Mieten und Pachten) wieder wett-

gemacht (vgl. Tabelle 5 und Abbildung 1). Die ungünstigere Kostenposition der ostdeutschen Unternehmen des Bauhauptgewerbes zeigt sich auch bei den Lohnstückkosten, die in den beiden zuletzt beobachteten Jahren um drei Prozentpunkte über den westdeutschen Werten lagen.

Bei den Ausbauunternehmen, die sich hinsichtlich der Lohnstückkosten wenig von den Unternehmen im früheren Bundesgebiet unterscheiden, überstiegen die Erlöse trotz höheren Materialverbrauchs immer noch die Gesamtkosten. Die Renditen sind zwar um 0,3 bzw. 0,8 Prozentpunkte niedriger als bei den westdeutschen Bauleistungsanbietern. Sie sind aber mit 1,7% bzw. 2,8% des Bruttoproduktionswertes in den beiden zuletzt verfügbaren Jahresdaten immer noch als ergiebig einzuschätzen.

Kostenbelastung divergiert vor allem zwischen den Unternehmensgrößen des Bauhauptgewerbes

Erhebliche Kostenunterschiede bestehen in Ost wie West zwischen den Größenklassen der Unternehmen. Stark ausgeprägt sind sie besonders in den Unternehmen des Bauhauptgewerbes. Hier gibt es inzwischen nahezu identische Betriebsgrößenstrukturen, so dass die Kosten- und Ertragsunterschiede in der Gesamtheit nicht auf einem Struktureffekt beruhen, sondern ihre Ursache in den einzelnen Gruppen haben. Im Ausbaugewerbe fällt dagegen die Großengruppe mit 50 bis 99 Beschäftigten geringfügig größer und die Gruppe mit 20 bis 29 geringfügig kleiner aus. Aber auch sind Struktureffekte vernachlässigbar; in allen Größengruppen und damit auch in der Gesamtheit werden Gewinne erwirtschaftet.

Ein Ausgleich der Lohnkostennachteile über andere Kostenelemente gelingt im Bauhauptgewerbe nicht in allen Unternehmensgrößengruppen. So fuhren die mittelgroßen Betriebe mit 100 bis 249 Beschäftigten bei deutlich höheren Lohnkosten als in Westdeutschland im Jahr 2002 Verluste ein, die Kleinbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten wirtschafteten unter ähnlichen Bedingungen gerade kostendeckend. Die Großbetriebe dagegen konnten trotz höherer Personalkosten das Jahr 2002 ertragreicher abschließen als die vergleichbaren westdeutschen Unternehmen (vgl. Tabelle 6).

Im Unterschied dazu werden im Ausbaugewerbe in allen Größenklassen Gewinne erwirtschaftet, in einzelnen Größengruppen (mit 50 bis 99 sowie 250 bis 499 Beschäftigten) werden sogar leicht höhere Renditen erzielt als in den alten

Tabelle 6:

Nominale Lohnstückkosten und Rendite im Baugewerbe Ost- und Westdeutschlands^a nach Unternehmensgrößenklassen im Jahr 2002

- in % -

		Beschäftigte von ... bis ...					
		20-49	50-99	100-249	250-499	500 u. mehr	insgesamt
		<i>Baugewerbe^b</i>					
Lohnstückkosten ^c	Ostdeutschland	88,0	87,8	91,2	84,4	83,8	88,0
	Westdeutschland	85,7	89,9	86,2	91,2	80,5	86,0
Rendite ^d	Ostdeutschland	1,3	1,2	-0,8	0,8	4,7	1,0
	Westdeutschland	3,0	0,5	1,7	-0,5	3,8	2,1
		<i>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau^b</i>					
Lohnstückkosten ^c	Ostdeutschland	89,8	89,8	91,9	85,0	82,4	89,2
	Westdeutschland	86,0	91,5	85,8	92,5	81,8	86,6
Rendite ^d	Ostdeutschland	0,1	0	-1,3	0,6	5,2	0,2
	Westdeutschland	2,4	-0,5	1,5	-1,2	3,1	1,5
		<i>Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe^b</i>					
Lohnstückkosten ^c	Ostdeutschland	85,6	84,2	89,0	79,7	89,9	85,8
	Westdeutschland	85,4	86,9	87,3	87,1	75,8	85,0
Rendite ^d	Ostdeutschland	3,0	3,5	0,9	3,9	2,4	2,8
	Westdeutschland	3,6	2,7	2,4	2,8	7,0	3,6

^a Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West; Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – ^b 1991 in der Abgrenzung der SYPRO; 1996 und 2002 in der Abgrenzung der WZ93. – ^c Anteil der Personalkosten an der Bruttowertschöpfung. – ^d Anteil des Gewinns bzw. Verlustes am Bruttoproduktionswert.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 5.3; Sonderauswertung der Kostenstrukturerhebung; Berechnungen des IWH.

Bundesländern. Die vergleichsweise günstige Kostenkonstellation in nahezu allen Größengruppen des Ausbaugewerbes dürfte die hier verbreitete Marktexpansion in die alten Länder sehr wesentlich miterklären.

Fazit

Die Kostenbelastung im ostdeutschen Baugewerbe hat sich zwar seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre deutlich erhöht. Im Schnitt werden aber bei den Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten Gewinne erwirtschaftet. Die Rendite – gemessen am Bruttoproduktionswert – liegt allerdings in den zuletzt beobachteten Jahren 2001 und 2002 um etwa einen Prozentpunkt unter den westdeutschen Werten. Zwischen den Sparten und Unternehmensgrößen ergeben sich allerdings erhebliche Unterschiede: Die Unternehmen des Bauhauptgewerbes wirtschafteten in diesem Zeitraum im Schnitt gerade kostendeckend, bei den mittelgroßen Unternehmen dieser Sparte überstiegen die Kosten sogar die Erlöse. Dies sollte bei den kostenrelevanten Entscheidungen der Wirtschafts- und Tarifpolitik Beachtung finden.

Die Analyse anhand der Angaben aus der Fachstatistik zeigt auch, dass der auf den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen fußende Blick auf die Lohnstückkosten allein nicht ausreicht, um die Wettbewerbsstärke der Unternehmen auf der Kostenseite abzuschätzen. Allerdings fallen laut Kostenstrukturerhebung die Nachteile im Osten erheblich geringer aus. Maßgeblich für den Nachweis überproportional hoher Lohnstückkosten laut VGR dürften zum einen die Hinzuschätzung der in der Kostenstrukturerhebung nicht erfassten Kleinstbetriebe (vor allem des Bauhauptgewerbes) und zum anderen die Einbeziehung ostdeutscher Betriebe in westdeutscher Hand in das Baugewerbe der alten Länder sein. Demgegenüber trägt die Hinzuschätzung des nicht unbedeutenden Teils der Kleinstbetriebe des Ausbaugewerbes in der VGR wohl eher weniger zur Überzeichnung der Lohnstückkosten bei. Die Stückkosten im Ausbaubereich generell und in der kleineren Unternehmen im Besonderen weichen nur geringfügig von den westdeutschen Werten ab.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Udo.Ludwig@iwh-halle.de

(K)Ein Weg aus der Arbeitslosigkeit? Evaluation von Weiterbildungsmaßnahmen für verschiedene Zielgruppen

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung ist eines der wichtigsten Instrumente der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. Ob damit tatsächlich die Integration in den ersten Arbeitsmarkt beschleunigt wird, ist Gegenstand der aktuellen Diskussion. Welche Personengruppen ihre Beschäftigungschancen durch Weiterbildung besonders verbessern können, wurde bisher allerdings nur selten untersucht.

In diesem Beitrag wird eine differenzierte Analyse des Maßnahmeeffekts auf die Arbeitslosigkeitsdauer sächsischer Weiterbildungsteilnehmer vorgestellt, bei der insbesondere auch die Zielgruppen der aktiven Arbeitsmarktpolitik untersucht werden. Damit soll eine Antwort auf die Frage, welche persönlichen, ökonomischen und institutionellen Faktoren den Beschäftigungserfolg der geförderten Maßnahmen beeinflussen, gefunden werden.

Für die einzelnen Gruppen lassen sich graduell unterschiedliche Ergebnisse feststellen, was darauf hindeutet, dass die untersuchten Faktoren den Maßnahmeeffekt beeinflussen. Allerdings kann für keine der analysierten Gruppen ein positiver Beschäftigungseffekt beobachtet werden.

Charakter und Ziel der Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen

Die Förderung von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung ist seit Beginn der 1990er Jahre eines der Hauptinstrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. So betrug der Anteil der Weiterbildungsteilnehmer an allen durch aktive Arbeitsmarktpolitik geförderten Personen zu Beginn der 1990er Jahre knapp ein Viertel, stieg Mitte der 1990er Jahre auf etwa ein Drittel und lag im Jahr 2003 bei ca. 15%.²⁰ Das Ziel der Förderung ist die Integration der Teilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt durch Vermittlung beruflicher Qualifikationen. Dazu gehören die Umschulung in einen anderen Beruf, die Fortbildung in einem bereits vorhandenen Ausbildungsberuf und die Anpassung von Kenntnissen und Fähigkeiten an neue berufliche Erfordernisse.²¹

²⁰ Diese Zahlen entstammen eigenen Berechnungen auf Grundlage von Daten der Bundesanstalt für Arbeit und umfassen die neuen Bundesländer ohne Berlin.

²¹ Vgl. §§ 77-87 SGB III zu Zielsetzung, Dauer und Voraussetzungen der Förderung der beruflichen Weiterbildung.

Ob dieses Ziel tatsächlich erreicht wird, lässt sich empirisch mit Hilfe von Evaluationsstudien nachweisen. Der Erfolg solcher Maßnahmen wird dabei anhand eines Erfolgskriteriums, das die Zielsetzung möglichst gut widerspiegelt, bewertet.

Evaluation des individuellen Beschäftigungserfolgs

Um die Zielsetzung „Integration in den ersten Arbeitsmarkt“ zu überprüfen, bietet sich als Erfolgskriterium die Arbeitslosigkeitsdauer einer Person an. In dieser Studie soll darüber hinaus der Einfluss individueller Faktoren der Teilnehmer und des ökonomischen Umfelds auf den Arbeitserfolg einer Weiterbildung untersucht werden. Dazu wird die Arbeitslosigkeitsdauer sowohl für alle Teilnehmer insgesamt als auch für verschiedene Personengruppen, wie bspw. die Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik, untersucht.

Für die Analyse werden die Befragungswellen Januar 2000, 2001 und 2002 des „Unterjährigen Mikrozensus Sachsen“ verwendet.²² Diese decken den Beobachtungszeitraum 1989 bis 2001 ab.²³ Um Verzerrungen des Ergebnisses zu vermeiden, werden aus diesen Daten Angaben von Personen ausgewählt, die im Vorfeld der untersuchten Weiterbildung an keiner Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilgenommen haben und im gesamten Betrachtungszeitraum zwischen 25 und 55 Jahren alt sind.

Den Angaben über die Teilnehmer werden für die Analyse Nichtteilnehmerdaten zugeordnet, um eine statistische Fiktion der Nichtteilnahme und damit eine adäquate Vergleichsgröße zu erhalten. Dafür werden ausschließlich Arbeitslosigkeitsspell verwendet.²⁴

²² Nähere Informationen über diesen sehr detaillierten umfangreichen Datensatz finden sich in REINOWSKI, E.; SCHULTZ, B.; WIEMERS, J.: Verschlechterung der Beschäftigungschancen durch Teilnahme an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen – Oder gibt es Ausnahmen?, in IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2003, S. 184 f.

²³ Über Abwanderungen aus Sachsen in diesem Zeitraum enthält der Datensatz keine Informationen.

²⁴ Ein Spell bezeichnet hier die Zeitspanne, während der sich der Arbeitsmarktstatus einer Person nicht verändert. Für die Analyse gilt ein Arbeitslosigkeitsspell erst als beendet, wenn eine reguläre Beschäftigung aufgenommen wird.

Nach dieser Vorauswahl stehen für die Untersuchung 850 Weiterbildungsteilnehmer und 3 726 Nichtteilnehmer zur Verfügung.

Vergleich der Arbeitslosigkeitsdauer bei Teilnahme und Nichtteilnahme

Zur Bildung der Kontrollgruppe wird ein Nearest-Neighbor-Matching-Verfahren verwendet. Dieses Verfahren zeichnet sich dadurch aus, dass jedem Teilnehmer genau ein Nichtteilnehmer zugeordnet wird. Ein Nichtteilnehmer kann dabei nicht als Partner für mehrere Teilnehmer eingesetzt werden, so dass Teilnehmer- und Kontrollgruppe die gleiche Größe haben.

Zur Ermittlung möglicher Partner wird ein mehrdimensionales, aggregiertes Distanzmaß eingesetzt. Dadurch ist es möglich, alle verfügbaren Informationen zur Feststellung der Ähnlichkeit zweier Personen zu nutzen. Die Zuordnung eines Partners erfolgt dann unter Verwendung eines optimalen Zuordnungsprozesses, dem sog. Ungarischen Algorithmus. Dieser bisher nur in der linearen Optimierung verwendete Algorithmus garantiert ein optimales Ergebnis: Die Zuordnung erfolgt so, dass die Gesamtsumme der quadrierten Distanzen über alle Teilnehmer und ihre Partner minimiert wird.

Um feststellen zu können, ob die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme den Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis beschleunigt, reicht eine einfache Gegenüberstellung der Arbeitslosigkeitsdauern von Teilnehmern und Nichtteilnehmern nicht aus.²⁵ Deshalb wird der Maßnahmeeffekt mit Hilfe einer Verlaufsanalyse ermittelt. Das hier verwendete Cox-Proportional-Hazard-Modell ermöglicht die Berücksichtigung des Einflusses sozio-ökonomischer Faktoren, des ökonomischen Umfelds und früherer Arbeitsmarkterfahrungen auf die Verweildauer in Arbeitslosigkeit.

Verlaufsanalyse zeigt Einflussfaktoren auf die Dauer der Arbeitslosigkeit

Es ist festzustellen, dass das Geschlecht in fast allen untersuchten Gruppen einen signifikanten Einfluss hat: Männer finden schneller als Frauen eine Beschäftigung. Das Alter einer Person hat einen negativen Einfluss auf die Übergangsrate, ist aber nur in

²⁵ Der wichtigste Grund dafür besteht in der Gefahr der Verzerrung des Ergebnisses durch sog. zensierte Daten, d. h. am Ende des Beobachtungszeitraums noch nicht beendete Arbeitslosigkeitsphasen.

einigen Fällen signifikant. Auch für den Ausbildungsstand lässt sich nur in einigen Gruppen ein Einfluss nachweisen. Erwartungsgemäß bewirken höhere Ausbildungsabschlüsse (Hoch- oder Fachhochschulabschluss sowie Abitur) einen schnelleren Übergang in Beschäftigung.

Auch frühere Arbeitsmarkterfahrungen beeinflussen die Übergangsgeschwindigkeit. So ist festzustellen, dass eine frühere Beschäftigung die aktuelle Arbeitslosigkeitsphase verkürzt. Der Einfluss früherer Arbeitslosigkeitsphasen lässt sich wie folgt beschreiben: je länger diese Phasen in der Vergangenheit dauerten, desto schwerer ist der Übergang in eine reguläre Beschäftigung. Dagegen wirken häufige kurze Arbeitslosigkeitsphasen in der Vergangenheit eher beschleunigend. Der häufig festgestellte negative Einfluss des Zeitpunktes des Beginns der Arbeitslosigkeit bedeutet, dass zu Beginn der 1990er Jahre schneller eine neue Beschäftigung aufgenommen werden konnte als in den folgenden Jahren.²⁶

In den Abbildungen 1-14 sind die Überlebensfunktionen aller untersuchten Gruppen, getrennt nach Teilnahme und Nichtteilnahme, dargestellt. Aus ihnen kann abgelesen werden, wie groß der Anteil der noch arbeitslosen Personen im jeweiligen Teilnahmezustand nach einer bestimmten Anzahl von Quartalen ist. Die gestrichelte Linie repräsentiert den Teilnahme-, die durchgehende Linie den Nichtteilnahmefall. Die dünnen Linien geben die 95%-Konfidenzintervalle der Schätzung an.²⁷ Bei der Betrachtung der Abbildungen wird deutlich, dass sich der Einfluss einer Weiterbildungsmaßnahme auf die Beschäftigungschancen in den gebildeten Gruppen unterscheidet.

Einfluss persönlicher Merkmale der Teilnehmer auf den Arbeitsmarkterfolg von Weiterbildungsmaßnahmen

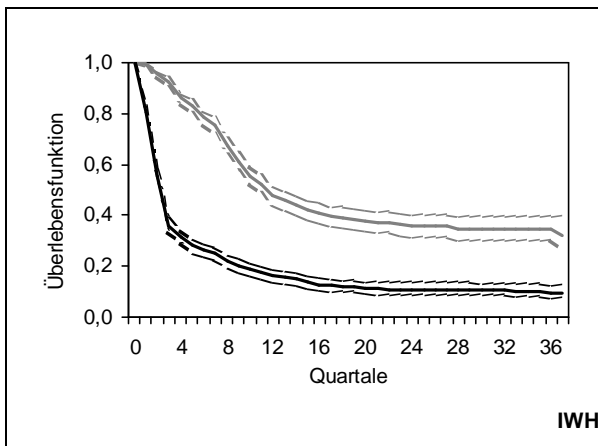
In Abbildung 1 ist zu sehen, dass die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme einen negativen

²⁶ Die hier getroffenen Aussagen beziehen sich auf die Schätzungen der Koeffizienten des Cox-Modells für alle betrachteten Untergruppen. Die Schätzergebnisse sind auf Anfrage bei den Autoren erhältlich.

²⁷ Die Konfidenzintervalle sind hier lediglich als Maß für die Genauigkeit der Schätzung zu interpretieren, d. h. als Intervall, in dem mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit der wahre Wert der Funktion liegt. Aus einer evtl. Überschneidung der Intervalle sollte nicht gefolgert werden, dass sich die durchschnittlichen Verweildauern nicht signifikant unterscheiden. Vgl. dazu HOSMER, D. W.; LEMESHOW, S.: Applied Survival Analysis: Regression Modelling of Time to Event Data. John Wiley & Sons, New York 1999.

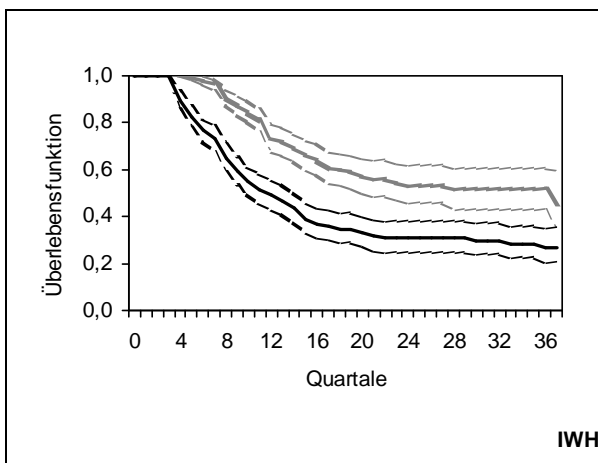
Einfluss auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit hat. Während bei Nichtteilnahme 65% der Personen innerhalb von drei Quartalen eine Beschäftigung finden, sind es bei Teilnahme lediglich 7%. Nach zwölf Quartalen sind ca. 50% der Teilnehmer immer noch arbeitslos, bei Nichtteilnahme wären es noch 17%.

Abbildung 1:
Überlebensfunktionen bei Teilnahme und Nichtteilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen für die gesamte Stichprobe



— Teilnahme; — Nichtteilnahme; — — 95%-Konfidenzintervall.
Quelle: Unterjähriger Mikrozensus Sachsen; Berechnungen des IWH.

Abbildung 2:
Überlebensfunktionen bei Teilnahme und Nichtteilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose

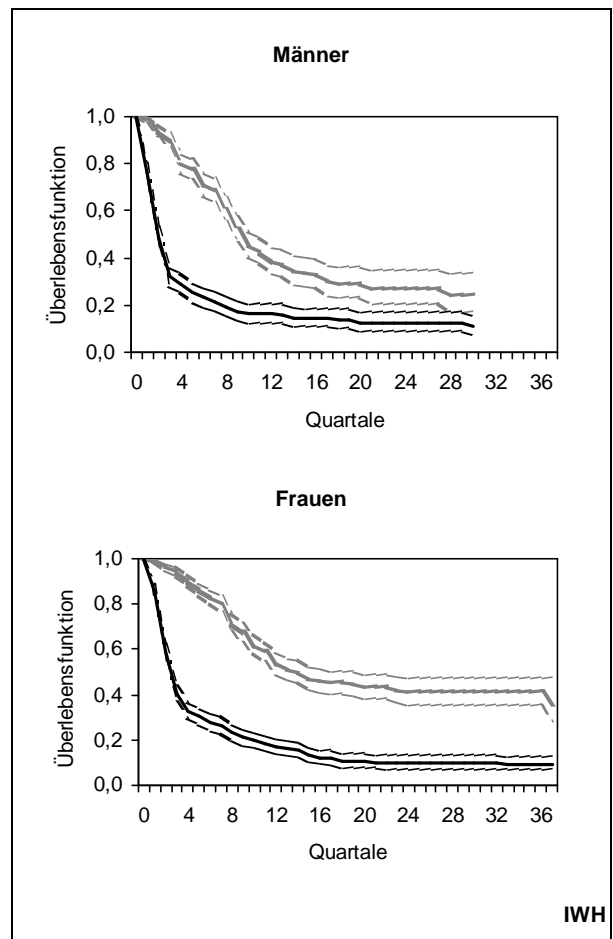


— Teilnahme; — Nichtteilnahme; — — 95%-Konfidenzintervall.
Quelle: Unterjähriger Mikrozensus Sachsen; Berechnungen des IWH.

In der Gruppe der Langzeitarbeitslosen (Abbildung 2) ist ein deutlich langsamerer Übergang in Beschäftigung als in der Gesamt-Teilnehmergruppe

zu verzeichnen. Der schnelle Übergang eines großen Teils der Personen zu Beginn des betrachteten Zeitraums, der für die gesamte Gruppe beobachtbar ist, bleibt hier aus. Im Falle der Nichtteilnahme sind nach zwölf Quartalen ca. 50% der Personen beschäftigt, bei Teilnahme sogar weniger als 30%. Auch in den folgenden Quartalen nehmen deutlich weniger Personen eine Beschäftigung auf. Langfristig (nach 28 Quartalen) bleiben ca. 50% der langzeitarbeitslosen Weiterbildungsteilnehmer unbeschäftigt, im Falle der Nichtteilnahme wären es 20% weniger.

Abbildungen 3 und 4:
Überlebensfunktionen bei Teilnahme und Nichtteilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen für Männer und Frauen

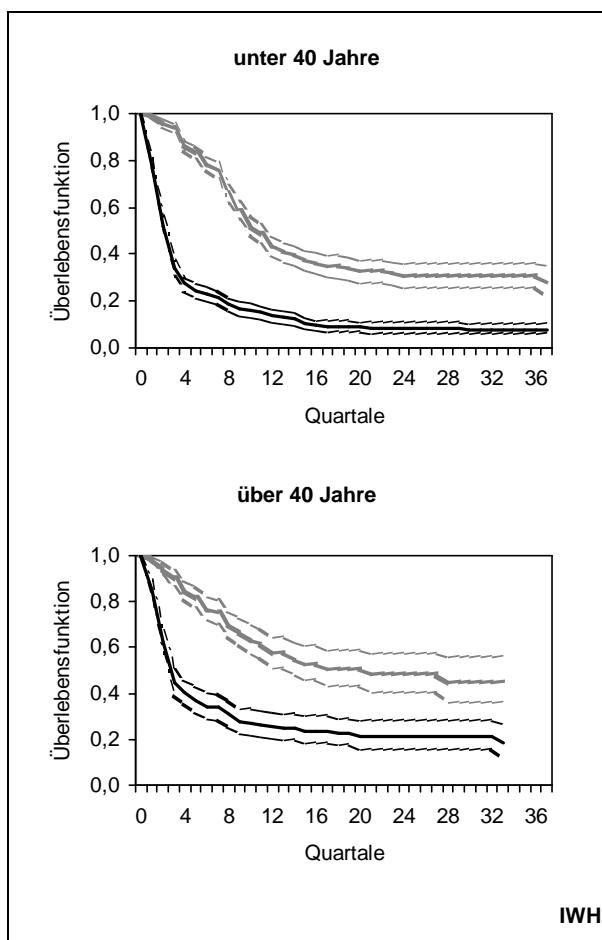


— Teilnahme; — Nichtteilnahme; — — 95%-Konfidenzintervall.
Quelle: Unterjähriger Mikrozensus Sachsen; Berechnungen des IWH.

Der Vergleich von Männern und Frauen (Abbildungen 3 und 4) zeigt für Frauen einen negativeren Teilnahmeeffekt. Während die Überlebensfunktionen von Frauen und Männern im Falle der Nichtteilnahme ähnlich verlaufen (nach 4 Quarta-

len haben 70% der Männer und 60% der Frauen eine Beschäftigung, nach 10 Quartalen sind es 85% bzw. 80%), verzögert die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme die Arbeitsaufnahme von Frauen deutlich stärker als die von Männern: Nach vier Quartalen sind 20% der männlichen, aber nur 10% der weiblichen Teilnehmer beschäftigt, nach 10 Quartalen sind es 55% bzw. 40%. Auch langfristig übersteigt der Anteil arbeitsloser Teilnehmerinnen den der arbeitslosen Teilnehmer deutlich (43% gegenüber 25% nach zwanzig Quartalen).

Abbildungen 5 und 6:
Überlebensfunktionen bei Teilnahme und Nichtteilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen für Personen im Alter unter bzw. über 40 Jahren



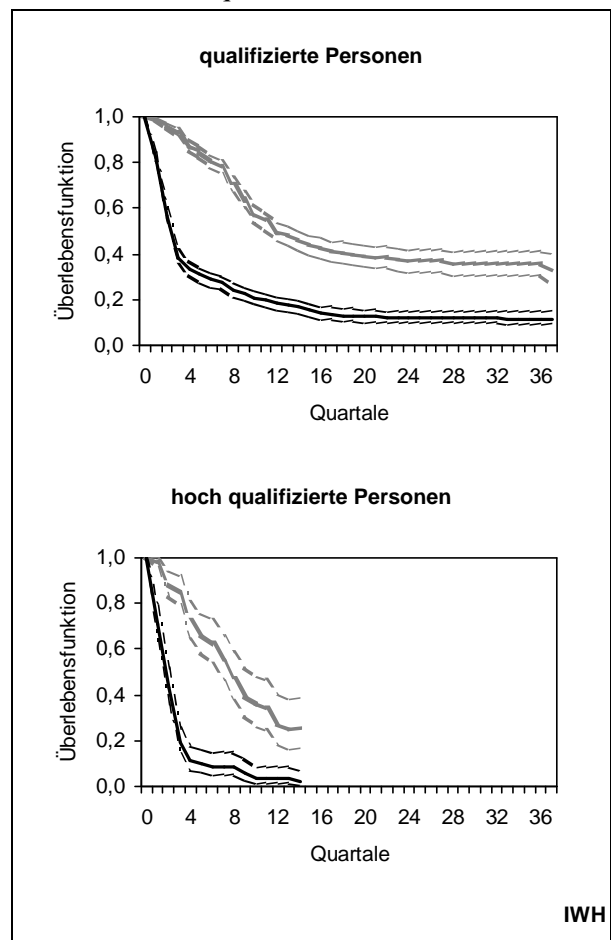
— Teilnahme; — Nichtteilnahme; — — 95%-Konfidenzintervall.

Quelle: Unterjähriger Mikrozensus Sachsen; Berechnungen des IWH.

Aus den Abbildungen 5 und 6 lässt sich der Einfluss des Alters auf die Beschäftigungschancen und die Wirkung einer Weiterbildung feststellen: Zusätzlich zu ohnehin schlechteren Arbeitsmarktchancen in der Gruppe der Personen über 40 Jah-

ren verzögert eine Weiterbildung die Aufnahme einer regulären Beschäftigung. Im Falle der Nichtteilnahme ist der Anteil der beschäftigten Personen unter 40 Jahren ab dem dritten Quartal ca. 10% höher als der Anteil älterer Personen. Auch die Überlebensfunktion bei Teilnahme sinkt schneller, und die Distanz zwischen beiden Funktionen bleibt langfristig geringer als die der älteren Personen.

Abbildungen 7 und 8:
Überlebensfunktionen bei Teilnahme und Nichtteilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen für qualifizierte und hoch qualifizierte Personen



— Teilnahme; — Nichtteilnahme; — — 95%-Konfidenzintervall.

Quelle: Unterjähriger Mikrozensus Sachsen; Berechnungen des IWH.

Auch der Ausbildungsstand einer Person beeinflusst ihre Beschäftigungsaussichten. Das ist in den Abbildungen 7 und 8 aus dem Vergleich der Überlebensfunktionen bei Nichtteilnahme erkennbar. Bereits im dritten Quartal sind 85% der hochqualifizierten Personen (Personen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss) beschäftigt. Der Anteil erhöht sich bis zum zehnten Quartal auf 98%. In der Gruppe der qualifizierten Personen (Facharbeiter

oder Meister) sind es in der gleichen Zeit 62% bzw. 78%. Für beide Gruppen ist zu beobachten, dass die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme den Übergang in Beschäftigung verzögert. So sind im dritten Quartal nur 15% der hoch qualifizierten und 8% der qualifizierten Teilnehmer beschäftigt, nach zehn Quartalen 64% bzw. 35%.²⁸

Dass nicht nur persönliche Merkmale einen Einfluss auf den Maßnahmeerfolg haben, ist aus den Abbildungen 9 bis 14 erkennbar.

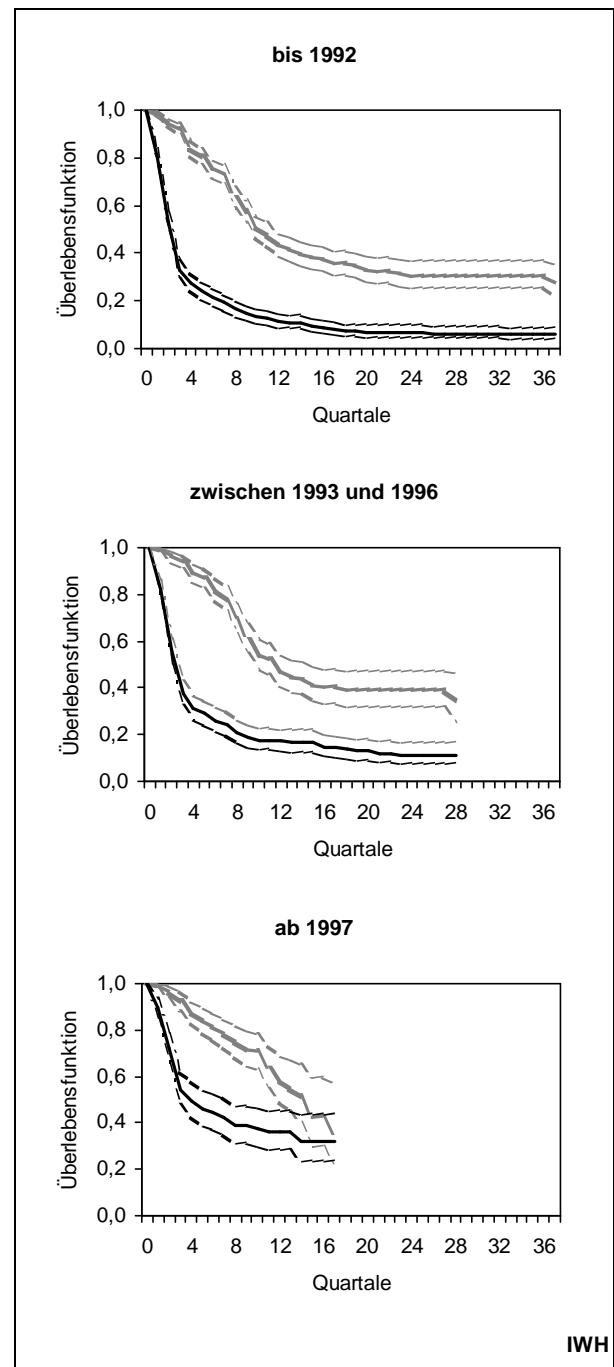
Hinweise für Wirkung institutioneller Faktoren auf den Maßnahmeerfolg

Die Abbildungen 9 bis 11 geben unterschiedliche Zeitpunkte des Beginns der Arbeitslosigkeit wieder. Aus ihnen ist ersichtlich, dass der Maßnahmeeffekt für die ersten beiden Gruppen (Arbeitslosigkeitsbeginn bis 1992 bzw. zwischen 1993 und 1996) sehr ähnlich ausfällt. Nach vier Quartalen sind 17% bzw. 11% der Teilnehmer beschäftigt, im Falle der Nichtteilnahme wären es 75% bzw. 69%. Langfristig (nach 20 Quartalen) ist ein gleichbleibender Unterschied der Überlebensfunktionen bei Teilnahme und Nichtteilnahme von ca. 25% zu beobachten (93% gegenüber 67% Beschäftigung bzw. 90% gegenüber 62%). Für die dritte Gruppe (Arbeitslosigkeitsbeginn ab 1997) ändert sich das Bild deutlich. Die Überlebensfunktion der Teilnehmer verläuft fast linear, nach dem zehnten Quartal ist sogar eine Beschleunigung des Übergangs in Beschäftigung zu beobachten. Dagegen zeigt der Verlauf der Überlebensfunktion bei Nichtteilnahme nach dem vierten Quartal einen deutlich verlangsamten Übergang. Neben dem nahezu kontinuierlichen Übergang der Teilnehmer in Beschäftigung ist am Ende des Beobachtungszeitraumes ein nahezu gleicher Arbeitsmarkterfolg für Teilnahme und Nichtteilnahme zu verzeichnen. Da der Beobachtungszeitraum für diese Gruppe schon nach 17 Quartalen endet, können keine Aussagen über den langfristigen Erfolg von Weiterbildungsmaßnahmen getroffen werden. Allerdings können die Ergebnisse als Hinweis darauf gewertet werden, dass die mit der Einführung des SGB III verstärkte Zielgruppenorientierung die vorher deutlich negative Wirkung von Weiterbildungsmaßnahmen aufhebt.

²⁸ Die Bildung einer Gruppe gering qualifizierter Personen war nicht möglich, da der Anteil der Personen ohne Berufsabschluss im vorliegenden Datensatz zu gering war.

Abbildungen 9 bis 11:

Überlebensfunktionen bei Teilnahme und Nichtteilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen für Personengruppen mit Arbeitslosigkeitsbeginn bis 1992, zwischen 1993 und 1996 und ab 1997

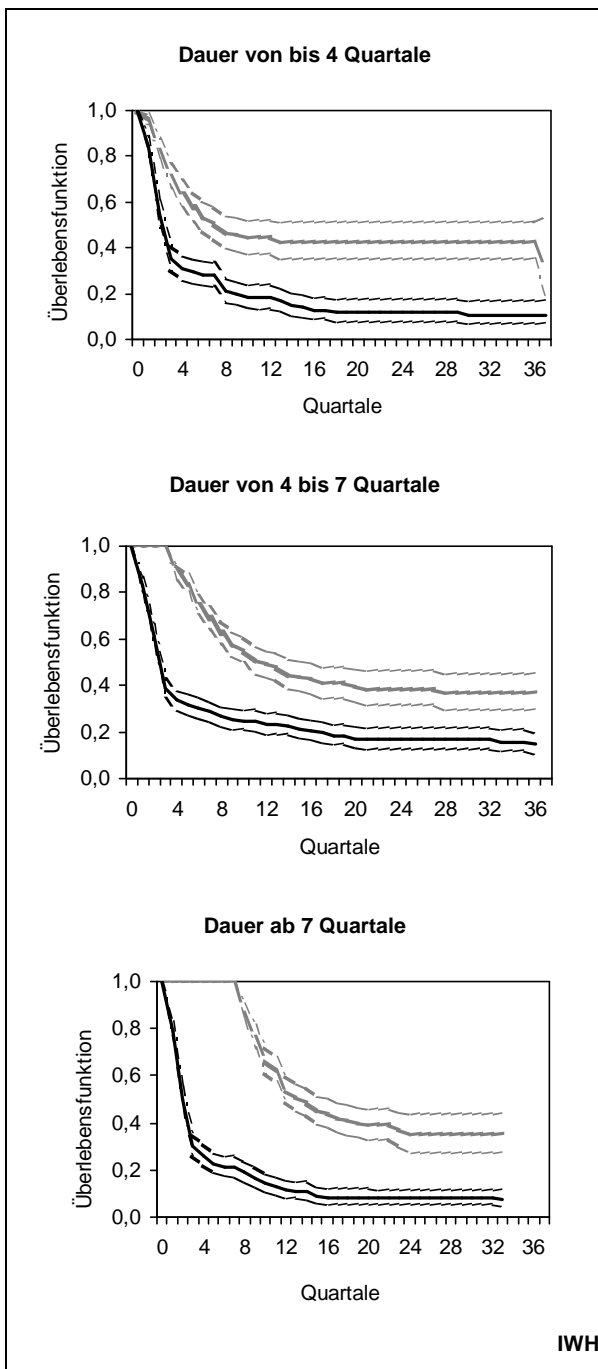


— Teilnahme; — Nichtteilnahme; ··· 95%-Konfidenzintervall.

Quelle: Unterjähriger Mikrozensus Sachsen; Berechnungen des IWH.

Eine Differenzierung der Teilnehmergruppe nach dem Wohnsitz ergab keinen Hinweis auf regionale Einflüsse auf den Maßnahmeerfolg; auf eine Darstellung wird daher verzichtet.

Abbildungen 12 bis 14:
Überlebensfunktionen bei Teilnahme und Nichtteilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen mit einer Dauer von bis 4, 4 bis 7 und ab 7 Quartalen



— Teilnahme; - - Nichtteilnahme; ···· 95%-Konfidenzintervall.
Quelle: Unterjähriger Mikrozensus Sachsen; Berechnungen des IWH.

Auf einen Einfluss der Dauer einer Weiterbildungsmaßnahme auf den Arbeitsmarkterfolg ihrer Teilnehmer deutet der Vergleich der Abbildungen 12 bis 14 hin. Während die Überlebensfunktionen in Falle der Nichtteilnahme in allen drei Abbil-

dungen sehr ähnlich verlaufen, liegt der Anteil der Beschäftigten nach Maßnahmen mit einer Dauer von weniger als vier Quartalen langfristig (nach 12 Quartalen) bei 58%, bei Maßnahmen mit einer längeren Laufzeit steigt er auf 64%. Das könnte als erster Hinweis darauf gewertet werden, dass Maßnahmen, in denen staatlich anerkannte Abschlüsse vermittelt werden, erfolgreicher sein könnten. Um hier zu belastbaren Ergebnissen zu gelangen, bedarf es allerdings weiterer intensiver Forschung hinsichtlich der organisatorischen Erfolgsfaktoren von Weiterbildungsmaßnahmen.

Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sowohl persönliche Merkmale der Teilnehmer als auch institutionelle Faktoren sowie das ökonomische Umfeld den Beschäftigungserfolg der untersuchten Weiterbildungsmaßnahmen in Sachsen beeinflussen. Allerdings konnten bisher nur graduelle Unterschiede in den untersuchten Gruppen beobachtet werden. Für nahezu alle Gruppen ist jedoch festzustellen, dass die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme die Chancen auf eine reguläre Beschäftigung eher verschlechtert.

Die zeitliche differenzierte Betrachtung der Teilnehmer zeigt eine Veränderung des Beschäftigungseffekts der Weiterbildungsmaßnahmen. Mit der Fokussierung auf Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik haben sich die Beschäftigungsaussichten der Weiterbildungsteilnehmer wesentlich verbessert. Das kann als Indiz dafür gewertet werden, dass diese Maßnahmen bei Personen mit Arbeitsmarktproblemen die gewünschte Wirkung erzielen können.

Welche Auswirkungen die Hartz-Reformen auf die Auswahl der Teilnehmer – und damit auf die Zielgruppenfokussierung im Bereich der Weiterbildung – haben, muss zukünftig noch untersucht werden.

Gegenstand folgender Untersuchungen sollte außerdem die Ausgestaltung der Maßnahmen und ihre Abstimmung auf den Bedarf regionaler Arbeitsmärkte sein.

*Eva.Reinowski@iwh-halle.de
Birgit.Schultz@iwh-halle.de
Juergen.Wiemers@iwh-halle.de*

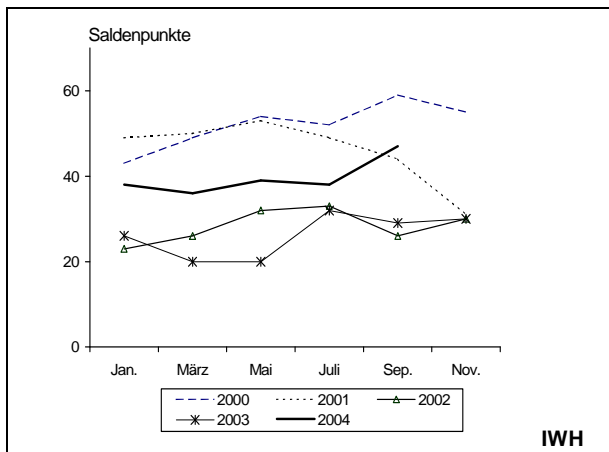
IWH-Industrienumfrage im September 2004: Geschäftslage auf breiter Front verbessert, Aussichten hingegen eingetrübt

Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich laut IWH-Umfrage unter rund 300 Unternehmen im September leicht erwärmt. Dabei zeichnen die Komponenten kein einheitliches Bild. Während sich die aktuelle Geschäftslage gegenüber der Vorperiode merklich gebessert hat, setzte sich die Eintrübung der Geschäftsaussichten fort. Nach wie vor bewerteten aber 68% der teilnehmenden Firmen die zukünftigen Geschäfte positiv. Auch fiel im September gegenüber Juli ein größerer Anteil der optimistischen Erwartungen auf die Antwortkategorie „gut“.

Der Saldo der positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage legte gegenüber Juli deutlich zu und übertrifft mit nun 47 Saldenpunkten auch den Stand von September 2003 be-

bildet der Investitionsgüterbereich. Hier werden nicht nur die Geschäftsaussichten, sondern auch die aktuelle Lage ungünstiger als im Juli beurteilt. Dabei ist der Maschinenbau durch eine Sonderentwicklung gekennzeichnet: entgegen der allgemeinen Tendenz melden die befragten Firmen hier, dass sich die momentane wirtschaftliche Lage verschlechtert habe, für die Zukunft aber eine Verbesserung erwartet werde. Vor dem Hintergrund der expansiven Entwicklung dieser Branche in der ersten Jahreshälfte, die von einer fast kontinuierlichen Aufwärtsbewegung der Geschäftslage begleitet wurde, ist das Urteil zu den aktuellen Geschäften aber nicht überzubewerten. So könnten Gewöhnungseffekte dazu beigetragen haben, höhere Maßstäbe der Beurteilung anzusetzen.

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -

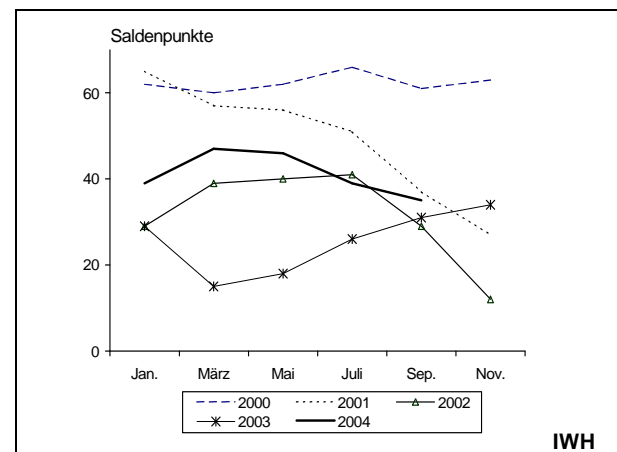


Quelle: IWH-Industrienumfragen.

trächtlich. Der Saldo der Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate verschlechterte sich hingegen zum dritten Mal in Folge und liegt mit vier Prozentpunkten Differenz nur noch knapp über dem vergleichsweise niedrigen Vorjahresniveau. Damit scheinen die Hoffnungen auf eine baldige kräftige Konjunkturerholung allmählich zu schwinden. Nach Angaben der Mehrheit der Firmen spielt die Ölpreisentwicklung in diesem Zusammenhang lediglich eine untergeordnete Rolle.

Die jüngste Entwicklung der Komponenten spiegelt sich in den Einschätzungen fast aller fachlichen Hauptgruppen wider, eine Ausnahme

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Uneingeschränkt zufrieden geben sich die Nahrungsgüterhersteller. Nach dem Stimmungstief in der Vorperiode ist nun eine erhebliche Erwärmung des Geschäftsklimas zu konstatieren. Für die Gesamtheit der Konsumgüterproduzenten haben sich die Aussichten allerdings leicht eingetrübt. Insbesondere die Hersteller von langlebigen Gebrauchsgütern wie Möbeln, Spielwaren und Musikinstrumenten sehen der Entwicklung in den nächsten Monaten mit wenig Zuversicht entgegen.

Sophie.Woersdorfer@iwh-halle.de

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage in der ostdeutschen Industrie – September 2004
- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Sept. 03	Juli 04	Sept. 04	Sept. 03	Juli 04	Sept. 04	Sept. 03	Juli 04	Sept. 04	Sept. 03	Juli 04	Sept. 04	Sept. 03	Juli 04	Sept. 04
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	22	21	25	43	48	49	30	28	22	6	4	5	29	38	47
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	16	23	21	49	41	52	27	32	22	8	4	6	30	28	46
Investitionsgüter	24	19	26	39	55	45	29	25	28	8	1	1	27	48	43
Ge- und Verbrauchsgüter	28	19	29	37	52	48	34	24	17	1	6	7	30	41	52
dar.: Nahrungsgüter	32	19	32	41	52	51	27	27	15	0	2	3	45	42	65
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	25	23	16	38	41	47	26	27	25	10	10	11	27	27	27
50 bis 249 Beschäftigte	21	18	25	45	52	48	29	28	24	6	2	3	31	40	46
250 und mehr Beschäftigte	26	26	33	41	43	53	33	31	13	0	0	0	33	37	73
Statusgruppen															
Privatisierte Unternehmen darunter:	20	19	23	45	52	52	30	27	21	5	2	5	31	41	49
Westdt./ausl. Investoren	18	21	26	41	52	52	37	25	18	3	2	4	20	46	56
Management-Buy-Outs	17	18	16	59	49	48	23	30	30	1	3	6	53	35	29
Reprivatisierer	27	19	19	42	56	60	20	22	13	11	4	9	38	48	57
Neugründungen	28	28	21	35	42	50	31	24	24	6	6	4	27	41	43
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	18	16	22	47	53	46	31	28	29	3	3	4	31	39	35
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	15	18	18	49	48	45	31	32	32	5	3	5	29	30	25
Investitionsgüter	16	12	26	53	60	45	26	27	29	5	2	1	38	43	41
Ge- und Verbrauchsgüter	23	18	23	40	55	48	36	24	24	1	4	4	27	46	43
dar.: Nahrungsgüter	27	19	24	43	43	48	30	35	26	0	2	2	41	25	44
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	14	17	12	45	47	42	33	31	37	8	5	9	18	28	8
50 bis 249 Beschäftigte	21	13	24	49	60	48	28	24	25	3	3	2	39	46	45
250 und mehr Beschäftigte	18	23	27	47	40	43	34	37	30	0	0	0	32	26	40
Statusgruppen															
Privatisierte Unternehmen darunter:	16	15	20	48	56	51	33	28	26	3	1	3	28	42	42
Westdt./ausl. Investoren	16	18	22	45	54	54	37	29	22	2	0	2	22	42	52
Management-Buy-Outs	11	8	15	61	65	44	28	26	37	0	1	4	45	45	18
Reprivatisierer	26	24	13	42	47	49	20	26	30	13	4	9	35	41	23
Neugründungen	23	21	21	45	51	39	28	25	35	4	4	5	37	44	21

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für September 2004 vorläufig. – ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.